

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: Geb. 10 Pf., Dresden
und 15 Pf. für den Postweg

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 Pf.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 Pf., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Pf. Rabatt für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 56

Dresden, Montag den 8. März 1926

37. Jahrg.

Gegenstoß der Fürsten

Wilhelm der Geflüchtete: „Fürsten Deutschlands, wahr! eure heiligsten Güter!“

Die Demokraten unter Luthers Pantoffel

Die Einzelbewegungen für das Volksbegehren
wächst mit jedem Tag. Im ganzen Reich nehmen die
Einzelbewegungen zu. Unter dem Druck dieser Bewegungen
haben, wie bereits gemeldet, die Regierungsparteien
am Freitag ein neues Kompromiß über die Fürsten-
abfindung abgeschlossen, das über die Ergebnisse der Be-
ratungen des Reichsausschusses des Reichstags hin-
ausgeht.
Der Inhalt dieses Kompromisses ist im wesentlichen
der folgende: Das Sondergericht wird aus vier Berufs-
richtern und vier Volontären zusammengesetzt, den Vorsitz
führt regelmäßig der Reichsgerichtspräsident. Die vorhan-
dene Vermögensmasse der Fürstendörfer wird in
drei Teile geteilt. Der erste Teil wird dargelegt durch
die Hälfte, die auf einen Hofeinsatz zurückzuführen ist.
Dieser Teil fällt dem Staat zu. Den zweiten Teil stellen die
Staaten der Fürstendörfer dar, aus diesem Teil
können die Staaten diejenigen Fälle herausnehmen, die aus
historischen, volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Grün-
den dem Staat zugeführt werden müssen. Der dritte Teil
des Vermögens wird durch die zweifelhafte Fälle dargelegt,
hier hat der Staat vorweg freien Zugriff bei allen Objekten,
die der öffentlichen Veräußerung oder Verwertung freigegeben
sind. Hierfür ist eine gewisse Entschädigung zu zahlen. Die
Abfindung erstreckt sich auf alle Fälle, die gegenwärtig zwischen
den Ländern und den fürstlichen Familien noch strittig sind.
Sie erstreckt sich nicht auf die Auseinandersetzung in Sachsen,
Sachsen-Altenburg, Preußen, Baden und Bayern.

Dieses Kompromiß ist nur unter dem Druck der großen
Einzelbewegungen für die Fürstenabfindung zustande gekom-
men. Es soll diese Volksbewegung hemmen. Aus diesem
Grund haben sich die Regierungsparteien dahin geeinigt, es
zu einem Voranschritt für das Zustandekommen des
Kompromisses, daß sich keine der beteiligten Par-
teien am Volksbegehren beteiligen. Die Demo-
kratische Partei hat sich diesen Bedingungen gefügt.
Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende
Mitteilung:

Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die
Fürstenabfindung haben zu einem Ergebnis geführt, das der
demokratischen Reichstagsfraktion die Zustimmung zum Kompro-
miss ermöglicht. Die demokratische Parteileitung
erwartet nunmehr, daß die Parteifreunde sich am
Volksbegehren nicht beteiligen, das Angebots der Unsi-
cherheit des Ausgangs und der Bedenken gegen eine Formulierung
der nicht erreicht wurde. Die Zustimmung der demokratischen
Parteiausschüsse wird am kommenden Mittwoch erfolgen.

Die demokratische Reichstagsfraktion wendet sich mit
dieser Kundgebung gegen die große Bewegung des Volks-
begehrens, ohne die von einer Verbesserung der Ergebnisse der
Verhandlungen des Reichsausschusses niemals hätte gedacht wer-
den können. Das neue Kompromiß bleibt jedoch immer noch
unter dem Druck, was Inhalt des Volkswillens ist.
Diese neue Fiktion kann die große Volksbewegung nicht
halten. Die Demokraten als Regierungspartei haben sich
mit ihrer Kundgebung für die Nichtteilnahme an dem Zu-
standekommen der Regierung selbst die Hände gebunden.
Wir denken anders über die Notwendigkeit der Durch-
führung des Volksbegehrens als die demokratische Reichstags-
fraktion. Sie verstehen, daß man nicht einer solchen wahr-
heitswidrigen Fiktion im Kampf den Rücken kehren
kann. Die demokratische Reichstagsfraktion hat aus parla-
mentarischen Rücksichten eine schwächliche Haltung einge-
nommen. Die Demokraten im Lande werden sich an diesen
Standpunkt des Kompromisses nicht binden. Sie werden
weiter recht mit dem Volke für Demokratie und Re-
publik gegen Fürstenübermut das Volksbegehren unterstützen.
Eine so elementare, aus tiefster Empörung des
Volk hervorgegangene Bewegung kann nicht im Rahmen
parlamentarischer Kompromisse mitten im Kampf
aufgekauft werden!

Demokratische Führer gegen die Parteileitung

Die eine Anzahl führender Demokraten, darunter meh-
rere preussische Landtagsabgeordnete, Ober-
bürgermeister Düllo und Senatspräsident
Kochmann, haben sich zu einem „Anwaltsgerichtlichen Aus-
schuss zur Förderung des Volksbegehrens“ zusammengesetzt.
Dieser Ausschuss fordert die Parteileitung — zur Unterstützung des Volksbegehrens auf.
Die Parteileitung erklärt sich, daß sie es
nicht für eine Forderung der Gerechtigkeit empfinden,
den von hitziger, Not betroffenen Volke nicht gerade die-
sen Vorzug zu geben, die zuerst berufen werden wären,
den ihnen vom Staat anvertraute und zur Erfüllung von
Staatsaufgaben bestimmte Gut den Ländern hinzugeben, in
denen die Dienste sie es übernehmen und genützt haben. „Es ist
nicht tragbar, heißt es im dem Aufruf weiter, daß die Volks-
bewegung auch in Zukunft noch zu den reichsten Grundbesitzern

S. Auferdam, 6. März. (Eigener Draht.) In
Dorru hat vor kurzem eine Besprechung der Inter-
essenvertreter einiger früherer deutscher Fürsten unter
dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden, bei der
gemeinsame Richtlinien für eine Gegenaktion gegen
den Volksentscheid über die Fürstenabfindung fest-
gelegt wurden. Zur Finanzierung dieser Gegenaktion wurden
in Holland sehr namhafte Beiträge flüssig gemacht. In
Amsterdamer Wörzentagen ist bekannt, daß der Kaiser im
vorigen Jahr, dem Rat seiner holländischen Finanzver-
trauensleute folgend, große Summen in niederländisch-indi-
schen Kulturwerten (Rubber-Zucker) angelegt und hierdurch
bei der Riesenhaufe in diesen Werten enorme Ge-
winne erzielt hat. Es sei daran erinnert, daß die Nieder-
ländisch-Indische Kulturgesellschaft in diesem Jahre zum Teil
450, 300, 200 und 125 Prozent Dividende verteilt hat.

Fürsten Deutschlands, wahr! eure heiligsten Güter!
— lautet also die neueste Parole, die Wilhelm der Geflüch-
tete ausstößt. Die Antwort des Volkes: Einzelnen
zum Volksbegehren!

Deutschlands gehören sollen, während Tausende und aber
Tausende nach dem verlorenen Kriege weder Heim noch Herd
mehr haben.“

Kundgebung der Hamburger Demokraten

D. Hamburg, 6. März. (Eig. Draht.)
Die Volksbewegung zum Einzelnen für das Volks-
begehren gewinnt an der Wasserfront täglich mehr an
Kraft. Waren es am ersten Tage rund 7000 Personen, die
sich in die Listen einzeichneten, so zeichneten sich am zweiten
Tage bereits über 10000 ein. Die moralische Wirkung

dieser Bewegung macht sich jetzt bemerkbar durch eine Stei-
gerung der Hamburger Demokraten. Der Vor-
stand der Demokratischen Partei Hamburg hat am Freitag
beschlossen, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der deut-
schen demokratischen Partei zur Unterstützung des Volks-
begehrens aufzufordern. Er gibt dazu in der Presse
eine nähere Begründung, in der ausgeführt wird, daß die
Demokraten das Volksbegehren schon deswegen unterstützen
müßten, damit unter diesem Druck der ersten Volksstän-
dung der Reichstag zu besseren Beschlüssen komme. Je
mächtiger das Volksbegehren ausfalle, desto besser würde das
Reichsgesetz.

Bauernschaft und Volksbegehren

SPD. Daß die Bewegung wegen der Fürstenabfindung selbst
auf dem platten Lande trotz allen Sabotageversuchen des Reichs-
landbundes starken Widerstand in Kreisen der Bauernschaft findet,
dafür wird uns ein außerordentlich bezeichnendes Beispiel gemeldet.
In dem Dorfe Kuldshof in Mecklenburg waren bereits
am ersten Tage alle Stimmberechtigten bis auf einen
Bauern und seine Frau in die Liste für das Volksbegehren ein-
gezeichnet. Das Dorf ist ein reines Bauerndorf, in dem
jeder Stimmberechtigter für die Einzelbewegung nur in ganz geringem Maße
gewonnen werden konnten.
Das Beispiel in Mecklenburg wird auch in anderen Landes-
teilen ein Echo finden, wo sich die Bauernschaft von den partei-
demagogischen Versuchen des Reichslandbundes freigemacht hat.

Königsberg, 6. März. (Eig. Draht.) Die Stimmung für
das Volksbegehren in Ostpreußen ist sehr gut, die Versammlungen
der SPD. sind überfüllt. Allerdings machen sich Sabotageversuche,
besonders auf dem Lande, sehr stark bemerkbar. Die Einzelbewegun-
gen sind in fast allen Orten bei den Kreisvorständen selbst aus-
geleitet. Die Eintragungszahlen sind so gemächelt, daß die Arbeiter sie
nicht ohne Arbeitsverlust einhalten können. Selbst in Königs-
berg sind in einigen Bezirken die Einzelbewegungslisten an fast unan-
findbaren Stellen eingetrichtert. Trotzdem sind in den ersten beiden
Tagen in Königsberg über 2000 Eintragungen, insbesondere in den
Arbeitervierteln, erfolgt.

Briands Sturz und der Völkerbund

Rücktritt aus innerpolitischen Gründen — Briands unveränderte Außenpolitik im Völkerbundsrat
Von unserm Pariser Mitarbeiter

P. Paris, 7. März. (Eigener Draht.)
Briand hat ein tragisches Geschick. Genau wie im
Jahre 1921 ist er gefallen in dem Augenblick, da er sich an-
schickte, die Früchte seiner auf die Befriedigung Europas ge-
richteten Außenpolitik zu ernten. Damals waren es Pain-
levé und Millerand, die ihn mitten in der Konferenz
von Cannes zu Fall brachten, am dem Tage, da Briand von
Kloyd George verbindende Zusicherungen nicht nur hinsichtlich
der englischen Garantie für die Sicherheit, sondern vor allem
auch hinsichtlich einer Annulierung der französischen Kriegs-
schuld erhalten hatte. Diesmal erlitt Briand das Schicksal
wenige Stunden vor der geplanten Reise nach Genf,
wo mit dem Eintritt Deutschlands in den
Völkerbund die Politik von Locarno ihre Krönung
finden soll.

Im Gegensatz zu damals ist es diesmal nicht die Außen-
politik Briands, die seinen Sturz herbeigeführt hat und die
durch seinen Rücktritt als gefährdet anzusehen war. Der
Triumph, der Briand bei der Debatte über die Ver-
träge von Locarno in der Kammer beschieden war,
sicher der Neuorientierung, die die französische Außenpolitik
durch den Sieg der Vinten im Jahre 1924 erfahren und nach
Perrot und Painlevé in Briand einen ebenso überzeugten
wie geschickten Vorkämpfer gefunden hat, Beständigkeit
und Dauer. Es darf in diesem Zusammenhang als be-
sonders erfreulich bezeichnet werden, daß sich Briand, ent-
gegen seiner ursprünglichen Absicht, durch das Drängen
seiner politischen Freunde hat bestimmen lassen, ohne Rück-
sicht auf die Kabinettspolitik nach Genf zu fahren und dort,
wenn auch nicht an den offiziellen Sitzungen des Völker-
bundes, so doch wenigstens an den Besprechungen mit den
Regierungschefs der beteiligten Länder teilzunehmen. Eine
Verständigung über die dort zur Diskussion stehende heikle
Frage der Erweiterung des Völkerbundes, über die es ums
hoar zu einem Konflikt gekommen wäre, würde durch das
Fernbleiben eines so außerordentlich geschickten Vermittlers,
als der sich Briand in Locarno erwiesen hat, nicht erleichtert
worden sein.

Das Kabinett Briand ist genau wie seine Vorgänger,
das Kabinett Perrot und die beiden von Painlevé geleiteten
Ministerien,

über die Finanzfragen zu Fall gekommen.
In Wirklichkeit ist Briand das Opfer seines Fi-
nanzministers Doumer geworden. Der doppelte

Fehler, der ihm zum Verhängnis geworden ist, war, daß er
einmal die Frage der finanziellen Sanierung als ein rein
technisches Problem angesehen hat und es einer „politischen“
Lösung entgegenzuführen zu können glaubte; ferner,
daß er, als dies Experiment in der Kammer ein tragisches
Fiasco erlitten hatte, dem Finanzminister Doumer freie
Hand gelassen hat, den Senat gegen die Kammer
auszuspielen. Eine Zeitung hatte es geschienen, als ob die
Kammer, eingeschüchert durch den von der Rechten sehr ge-
schickt aufgelegten Feldzug der Presse gegen die angebliche
Impotenz des Parlaments, vor Doumer kapitulieren und die
Vorlage in der Form, wie sie vom Senat unter offenkundiger
Verletzung der Verfassung verabschiedet worden war, schluden
würde. Die Finanzkommission der Kammer war in der Tat
bereits umgefallen, sie hatte der Kammer die Annahme nicht
nur der von ihr vor knapp 14 Tagen abgelehnten indirekten
Steuern, sondern auch der Doumerchen Zahlungssteuer
(Qualitätssteuer), für die sich in der ersten Lesung nur 112
Stimmen gefunden hatten, empfohlen.

Die scharfe Mißbilligung, die diese Beschlüsse der Kom-
mission sowohl bei der Fraktion wie beim Parteivorstand
der Radikalsocialen gefunden hatten, war das erste Warnungs-
signal, daß es im Plenum nicht so glatt gehen würde.
Zunehmend hat man sich am Freitag abend daran gedacht,
daß die Regierung mit Unterstützung der gemäßigten und
rechten Mittelgruppen und bei genügender Stimmhaltung
der Rechten eine knappe Mehrheit erhalten würde. Diese
Möglichkeit der Lösung hat dann ein von dem radikalsocialen
Abgeordneten Margaine eingebrachter Antrag auf Schaffung
eines Monopols für Zucker und Petroleum

durchkreuzt. Die Rechte hatte von der Regierung verlangt,
daß sie gegen diesen von ihr als „stark sozialisti-
sches Experiment“ bezeichneten Antrag die Ver-
trauensfrage stellen sollte, und als Briand dieses ab-
lehnte und durch Doumer den radikalsocialen Antrag als
durchaus erwägenswert bezeichnet ließ, hat die Rechte das
zum Vorwand genommen, um der Regierung die Gefolgs-
schaft zu kündigen und sich auf diese Weise von der Verant-
wortung für die Bewilligung unpopulärer Steuern zu
drücken.

Die sozialistische Fraktion hatte an der Auf-
stellung des ursprünglich von der Finanzkommission einge-
brachten Sanierungsprogramms aktiven Anteil genommen.
Sie hatte schweren Herzens der Schaffung von nahezu zwei

Milliarden neuer Einnahmen aus indirekten Steuern zugestimmt, daran aber die Bedingung geknüpft, daß die stammes- und die von der Kommission vorgeschlagene Reform der direkten Steuern annehme. Nachdem bei der ersten Lesung gegen die beantragte Reform des Erbrechts zugunsten des Senates die Verwerfung gestimmt worden war, und damit zugleich ein großer Teil der Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen aus der Einkommensteuer zu Fall gekommen war, hatte die sozialistische Fraktion, die danach an dem weiteren Schicksal der Vorlage keinerlei Interesse mehr hatte, die Rückkehr in die Opposition beschlossen und diese auch bis zum Sturz des Kabinetts Briand konsequent durchgeführt.

Die entscheidende Abstimmung

P. Paris, 6. März. Die entscheidende Abstimmung, bei der die Regierung in der Wiederarbeit blieb, ging um die Zahlungssteuer, d. h. die Bekämpfung jeder Zahlungswirtschaft. Briand hatte hier in der Zwangslage die Verwerfung beantragt, da sein Finanzminister Doumer auf der Zahlungssteuer bestand. Die Regierung erhielt nur 221 Stimmen, während ihr 271 Stimmen gegenüberstanden. Sie blieb also mit 50 Stimmen in der Minderheit. Die Sozialisten hätten sie nicht 104 Abgeordnete retten können, aber das war unmöglich, denn für eine solche elende Finanzpolitik, die Briand seinem ehemaligen Finanzminister gestattete, konnte die Partei keine Verantwortung übernehmen. So mußte das Schicksal seines Lauf nehmen.

Zerpfitterung aller bürgerlichen Parteien

P. Paris, 7. März. (Sig. Traub.) Die Mehrheit, die das Kabinett Briand gestützt hat, zerfällt in 10 Fraktionen: 1) Radikale, 2) Sozialisten, 3) Republikanische Sozialisten, 4) Demokratische Sozialisten, 5) Radikale Sozialisten, 6) Demokratische Sozialisten, 7) Demokratische Sozialisten, 8) Demokratische Sozialisten, 9) Demokratische Sozialisten, 10) Demokratische Sozialisten.

Herriot könnte das Linkskartell retten

P. Paris, 8. März. (Sig. Traub.) Der Präsident der Republik, Herr Doumergue, der am Montag vormittag zusammen mit dem Kammerpräsidenten Herriot aus Lyon zurückgekehrt ist, hat um 11 Uhr die offiziellen Besprechungen zur Lösung der Regierungskrise begonnen. Doumergue hat bereits am Sonntag mehrere Besprechungen mit Herriot gehabt. In Paris ist der allgemeine Eindruck der, daß der Präsident zunächst beschließen wird, Briand zur Neubildung des Kabinetts zu bestimmen.

Überdies hat Briand schon am Sonntag aufs bestimmteste erklärt, unter keinen Umständen nochmals die Würde der Ministerpräsidenten auf sich zu nehmen. Eine andere Frage ist die, ob Briand im neuen Kabinett den Posten des auswärtigen Ministers annehmen wird. Zweifellos wird nach dieser Richtung auf Briand ein starker Druck ausgeübt. Seine Entscheidung dürfte in erster Linie abhängen von der Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten und der Zusammensetzung des künftigen Kabinetts. Wenn Briand in Genf bei seiner Rückreise erklärt hat, spätestens in zwei bis drei Tagen nach dort zurückzukommen, so ist damit keineswegs gesagt, daß er dies in der Eigenschaft als Minister der neuen Regierung tun wird, da er vollständig fähiger Delegierter Frankreichs beim Völkerbund ist.

In Falle einer Weigerung Briands, das neue Kabinett zu bilden, dürfte sich die Lösung der Krise sehr schwierig gestalten, denn nach der Entlassung der letzten Wochen wird die Bildung einer aktionsfähigen Mehrheit in der Kammer auf große Schwierigkeiten stoßen. Vermutlich dürfte die meisten Ausichten durch Herriot haben, der im Januar bei seiner Wiederwahl zum Kammerpräsidenten reichlich 300 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht hat und der allein imstande wäre, nochmals das Linkskartell zusammenzuführen.

Die Genfer Vorverhandlungen

T. Genf, 7. März. (Sig. Traub.) Die Vorverhandlungen der Räte des Locarno-Paktes über die heikle Frage der Ratifizierung haben am Sonntag begonnen, aber noch zu keinem Ergebnis geführt. Der gestürzte Ministerpräsident Briand war anwesend, da er ständiger Vertreter Frankreichs im Völkerbund ist und bleibt. Die Teilnehmer einigten sich auf folgende offizielle Mitteilung:

„Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluß des Rheinlandpaktes vereinigt haben, haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf verabredet. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mündlich die gegenseitigen Situationen aufklärten. Auf diesen Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterredung folgen.“

Die Delegationen der Rheinbund-Räte empfingen am Sonntag abend die Vertreter der Räte ihrer Länder. Briand gab der Hoffnung Ausdruck, daß die ausführliche Aussprache am Sonntag die schwersten Schwierigkeiten über die Ratifizierung auf deutscher Seite aus der Welt geschafft habe. Er habe sich bemüht, Luther und Stresemann nachzuweisen, daß die Ratifizierung schon früher beschlossen wurde, als in Locarno, und Frankreich sich mit keinem Hintergedanken für den polnischen Ratifizierung habe. Am übrigen hoffe er, in zwei bis drei Tagen nach Genf zurückzukehren zu können. Innerhalb der deutschen Delegation wurde erklärt, daß die gegenseitigen Erklärungen äußerst eingehend und sachlich waren, ohne daß die Aussprache Aussicht für die Ratifizierung einer Lösung ergeben habe. Es wurde ausdrücklich anerkannt, daß auf der Gegenseite die Bemühungen hierzu außerordentlich groß waren, andererseits aber daran erinnert, daß die vorläufig verhandelnden Parteien nur einen Ausweg aus dem Rahmen der in Frage kommenden Räte bildeten, so daß nach einer Verständigung in dem kleinen Kreis weitere Beratungen erforderlich seien. Man hielt es für ausgeschlossen, sich in der eintretenden Unterredung für die eine oder andere Nacht entscheiden zu können.

Der Konflikt über die Ratifizierung

T. Genf, 9. März. (Sig. Traub.) Es wäre zuviel gesagt, in diesem Augenblick von einer Krise des Völkerbundes zu sprechen. Die allgemeine Aufmerksamkeit erregt sich für alle Mächte aus der Völkerbundkonferenz selbst. Sie bestimmt, daß jede Entscheidung über den Ratifizierung auf einen Ratifizierung beruhen und wegen der polnischen und spanischen Forderungen haben mehrere andere Mächte ihre schwebend gelassenen Forderungen nach einem Ratifizierung erhoben, denn sie fürchten sich als Großmächte. Welche Spanien nun den für sofort geforderten Ratifizierung erhalten, dann wäre automatisch nach den bisher geltenden Regeln der freizubehaltenden nichtständigen Sitz zu vergeben. In diesem Falle sollte nach französischem und englischem Wunsch Polen in den Rat eintreten. Aber es liegen auch brasilianische, mexikanische, türkische und portugiesische Ansprüche vor. Die einen sind zwar gegen die Erweiterung des Rates, fordern aber auch für sich einen Sitz, selbst überhaupt eine Erweiterung erfolgt, während die anderen unter allen Umständen einen Sitz wünschen. So schwierig auch die Situation

Die bayerische Regierung gegen das „Freie Volk“

Seit einigen Monaten läuft in den verschiedensten Gegenden Deutschlands der große republikanische Film „Freies Volk“, der geschaffen ist aus der Absicht heraus, den nationalistischen Propagandafilm ein Paroli zu bieten. Der freudige Zuspruch, den dieser Film gerade in den Kreisen der Arbeiter findet, ist ein Beweis für die Notwendigkeit seiner Art. Aber je freudiger die republikanische Bevölkerung dem „Freien Volk“ zujubelt, desto verdüssener werden die reaktionären Bürokraten, die jeden „Tendenzfilm“ verabscheuen, wenn er nicht im Stille von „Friedrich Hegel“ ausgeht.

Nun hat sich auch Bayern wieder an die Spitze der Gegenbewegung gestellt und läßt durch seinen Innenminister bei der Filmoberprüfungsstelle in Berlin das Verbot des republikanischen Films „Freies Volk“ fordern, nachdem und trotzdem der Film schon monatelang in allen Teilen Deutschlands mit Erfolg gelaufen ist und weiterläuft.

Der bayerische Innenminister begründet sein Verlangen damit, daß der Film geeignet sei, ein falsches Bild von den bestehenden Verhältnissen in Deutschland zu geben und „dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden“. Zwar wird behauptet, behandle der Film „ein mehr oder weniger abgedroschenes Thema“, aber im Zusammenhang müsse der ganze Film in eine besondere Beleuchtung gerückt werden. Nach diesem Vorgeplänkel geht es los:

Der Film ... erweckt den Eindruck, als ob die Kampfverbände reichliches Material verborgen hätten, das sie im Streitfall nur herbeizuziehen brauchen, und als ob die Regierung ganz unter ihrem Einfluß stünde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch derartige Darstellungen das Vertrauen der ehemals feindlichen Staaten neu erweckt wird und Deutschland hinsichtlich der Entlassung neuerdings Schwierigkeiten bereitet werden. ... Deutschland kann sich in seiner jetzigen Lage nicht gefallen lassen, daß die öffentliche Meinung zu erliegen, in denen Verhältnisse, die für die Beziehungen zum Ausland von Wichtigkeit sind, falsch und entstellt dargestellt sind. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß die Gefahr einer neuerlichen Besetzung der Wehrkontrollen selbst daraus resultiert.

Diese Besorgnis um das Schicksal Deutschlands nimmt sich besonders fessam aus in einem amtlichen Schreiben der bayerischen Regierung, unter deren Schutz die Hitler- und Ehrlichwörterer Rostbach und der Meinel-Ehrhardt standen, bis die Reichsversammlung auch sie erreichte.

Aber das Schreiben des bayerischen Staatsministers wird noch interessanter. Es behauptet nämlich, daß der Film auch vom innerpolitischen Standpunkt aus zu beanstanden sei, weil in ihm eine „Verherrlichung der Macht der internationalen Arbeiterbewegung“ getrieben werde. Durch die Vorstellung, als wenn es möglich sei, einen zukünftigen Gastkrieg durch den internationalen Streik der Arbeiter zu verhindern, würde den Arbeitern

... der Gedanke anregt, daß sie im Falle eines solchen Krieges jede Mitwirkung bei der Landesverteidigung nicht nur verweigern, sondern die Verteidigung des Landes gegen einen feindlichen Einfall durch Ausbruch des Generalstreiks geradezu unmöglich machen würden.

Schließlich bewegt den bayerischen Minister vor allem die Wirkung des Films auf die Kreise der Bevölkerung, die mit ihm nicht einverstanden sind. „Die nationalen Empfindungen dieser Kreise werden durch den Film verletzt.“

Nach normalen Begriffen ist es Sache der Landespolizei, dafür zu sorgen, daß die „nationalen Empfindungen“ der Hitler- und Ehrlich-Deute sich nicht in Ordnungsforderungen entladen. Die Landespolizei Bayerns untersteht aber dem gleichen Minister des Innern, der selbst die Ordnung aufs gründlichste dadurch gefährdet, daß er das Verbot eines republikanischen Films fordert, der bisher noch nirgends Ordnungsforderungen hervorgerufen hat!

Wir erwarten, daß die Filmoberprüfungsstelle sich durch dieses neueste Zeugnis der bayerischen Reaktionsregierung nicht aus dem Gleichgewicht bringen läßt. Die Filmoberprüfungsstelle ist keine politische Instanz und hat keine politischen Erwägungen anzustellen. Aber sie kann durch einen glatten Abweisungsbefehl auch dem bayerischen Ministerium zum Ausdruck bringen, daß Deutschland nach der Verkündung einer Republik ist, daß infolgedessen auch republikanische Filme neben den nationalistischen Propagandafilmen laufen dürfen und daß schließlich Deutschland im Begriff ist, in den Völkerbund einzutreten, um dadurch den Nie-wieder-Krieg-Vertrag von Locarno praktisch wirksam werden zu lassen. Damit würdigen die gedanklichen Kriegsspielereien des bayerischen Ministers am würdigsten beantwortet werden!

Rentenempfänger der Republik
Eintaufendsechshundertfiebzig Goldmark täglich für den gesunden Deserteur in Doorn
Siebenundzwanzig Goldpfennig täglich für den 30prozentigen Kriegsverletzten

Von der Republik beziehen Rente:

	jährlich:	täglich:
Wilhelm II. in Doorn	600 000 Mark	1 670 Mark
Der Großherzog von Mecklenburg	390 000	1 100
Der Herzog von Meiningen	495 000	1 400
Die Großherzogin von Weimar	100 000	280
Ein pensionierter General	18 000	50
Ein 30prozentiger Kriegsverletzter	100	27 Pfennig
Ein Arbeitsloser mit Familie	750	2 50 Mark
Ein Arbeitsloser ohne Familie	360	1 22

Ist ein im Krieg verwundener Soldat gleichzeitig erwerbslos, so wohnt die Republik eifrig darüber, daß er nicht etwa „fürsichliche“ Doppelrente bezieht. Seine 27 Goldpfennig täglich, für die er dem Vaterland ein Glied seines Körpers geopfert hat, werden auf die Erwerbslosenunterstützung zur Hälfte angerechnet. Von Rechts wegen!

Die Liste der Fürsten läßt sich natürlich beliebig verlängern. Es beziehen noch weiterhin Rente:

	jährlich
Die Königinwitwe von Württemberg	36 000 Mark
Die Wittener	40 000
Der Herzog von Braunschweig	75 000
Die Fürstinwitwe von Schwarzburg	38 000
Die Rebellin Lippe-Wehlfels	30 000
Die Prinzessin Thessa von Schwarzburg	12 000

Die Gesamtforderungen der Fürsten ergeben etwa folgendes Bild:
Lands- und Forstbesitz im Werte von 1 000 000 000 Mark
Schlösser 500 000 000
Jagdgrundstücke 200 000 000
Jahresrenten und Kapitalien 100 000 000
Kunstschätze, Gold, Silber usw. 500 000 000
Kapitalvermögen 300 000 000

Insgesamt: 2 600 000 000 Mark

Also die kapitalistischen Renten einschließlich der Altersrenten, Schlösser, Forsten, Jagden und Kunstschätze stellen einen Gesamtwert von rund 2 600 Milliarden Goldmark dar. Das deutsche Volk möchte sich in unerträgliche Schuldenhaftigkeit begeben, wollte es zu den gewaltigen Reparationszahlungen der nächsten Jahre auch noch diese freiwillige Reparationslast für die davon-gejagten und wegelaufenen Fürsten übernehmen.

infolge der mannigfachen Ansprüche scheint, so dürfte sie doch zu einem Ergebnis führen, das Deutschland beizubehalten kann. Die bereits in Vorschlag gebrachte Lösungsmöglichkeit geht dahin, Deutschland einen Ratifizierung ohne gleichzeitige Entlassung eines weiteren Ratifizierung an eine andere Macht zu bewilligen und die übrigen Anträge einer Kommission zu überweisen. Als Mitglied des Rates hätte Deutschland dann praktisch — da alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen — zu bestimmen, ob Spanien jetzt schon einen ständigen Sitz erhält oder nicht. Die Lösung wird nicht vor Mittwoch erfolgen, da Briand Mittwoch von Paris, wohin er Sonntag abend wieder reiste, zurückgekehrt wird.

Wie Bismarck Fürsten enteignete!

Der 1. Februar 1868 war im Preussischen Abgeordnetenhause ein großer Tag. Bismarck begründete die entschädigungslose Enteignung des hannoverschen und des kurhessischen Fürstentums. Seine Meinung war eindeutig:

„Die ganze Angelegenheit muß vom politischen Standpunkt aus beurteilt werden, vom juristischen Standpunkt aus läßt sich allenfalls darüber streiten.“

Also schon Bismarck kannte die Wertlosigkeit, in Gefahr der Justiz in Auseinandersetzungen. Seine politischen Nachfolger von heute wollen und einreden, das Volk stiele und täubere, wenn es das tut, was Bismarck getan hat!

Nach beachtlicher, aber völlig vergessener ist, wie Bismarck mit dem Fürsten Alexander von Rußland umbrang, der ihm sagen ließ, daß ihm die völlige Abhängigkeit ganzer Dynastien „mit Schrecken erfüllte“, denn diese Dynastien beruhen „auf demselben Boden von Gottes Gnaden wie das preussische Königshaus“.

Darauf telegraphierte Bismarck an seinen Unterhändler am russischen Hofe, einen Wankstußel:

„Wir sind mit Württemberg und Darmstadt auf Billige Bedingungen, bewilligt aus Rücksicht auf Rußland, so gut wie einig. Rußland hat nicht den, und Rußlands Forderung wenigstens bezüglich der hannoverschen, kurhessischen und Nassaus zu hören, so schließen wir auch mit Stuttgart und Darmstadt nicht an. Bestien des Auslandes wird uns zur Proklamierung der Reichsverfassung von

1840 und zu wirklich revolutionären Maßregeln zwingen. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden!“

Das deutsche Volk hat zehn Jahre: namenlos! Gleich hinter sich, Millionen der Armen und Armen werden von bitterster Not erdrückt. In diesem Augenblick verlangen 25 Fürsten durch hundert Prozesse, daß ihnen einige Milliarden Goldmark auf Werken und Besitz ausgehändigt werden. Das wäre eine Revolution von oben!

Das deutsche Volk antwortet darauf:
„Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden!“

Testwegen gehen wir zum Einzugslokal — und jeder bringt einen weiteren Stimmzettel mit — und unterzeichnen das Volksbegehren.“

Meine politische Nachrichten

Das Verfahren gegen die Barma. Die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht hat jetzt die Anklage gegen Barma und Genossen dem Landgericht I Berlin zugunsten lassen. Vorhergehend der über die Gründung des Reichstages verhandelnden Kammer ist Landgerichtsdirektor Barma. Die Anklage, die über 600 Zeugen umfaßt, stützt sich in wesentlichen auf unvollständiges Material. Anklage wird erhoben gegen die Brüder Julius und Franz Barma, gegen Direktor Klauke, Finanzrat Sellwig, Reichsgerichtsrat Lange-Görmann, die Gebrüder Direktor Staub und Reichsanwalt Staub, Kaufmann Reibmann, Generaldirektor Karl Balthar und Direktor Kalla.

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat den Antrag gestellt, eine Reihe von Persönlichkeiten, gegen die die Untersuchung geführt worden war, außer Verfolgung zu setzen. Darunter befinden sich Geheimrat Finanzrat Rabe, Ministerialdirektor Dr. Kaup, ferner die Brüder Salomon und Jakob Barma und die Direktoren Wolf und Konig.

Die beiden Brüder Barma sind auf Veranlassung des Generalstaatsanwaltes verhaftet und es hat sich ein Materialuntersuchungsgefängnis eingestellt, weil demgegenüber verhandelt, daß beide Brüder verhaftet würden, für die Verhaftungsbefugnis durch die Justiz zu entscheiden.

Modehaus Renner / Dresden / Altmarkt
im alleinigen Besitz von Martin Renner und Familie



Beste enorm billig

- Blaudruck**, teilweise mit kleinen Fehlern, kein gemustert und gewaschen für Hauskleider im Rest Meter M -58
- Hemdenbarchent**, doppelseitig getauchte Ware, hellgründig, fein gestreift im Rest Meter M -65
- Blusenflanell**, Baumwolle, mittelfarbig, fein gestreift für Blusen und Sporthemden im Rest Meter M -72
- Satin**, bedruckt, glanzreiche Qualität und aparte Musterwahl, für Schürzen im Rest Meter M 1.26, -88
- Satin**, einfarbig, schöne glanzreiche gute Qualität, großes Farbensortiment im Rest Meter M 1.25, -95
- Crépe-Schotten**, ca. 70 cm breit, schöne kräft. Quaf., aparte Farbstellungen, für Frühjahrskleider, im Rest Meter -95
- Kleidermuffeln**, inbansichtfarbig, Neugründig, aparte Muster, besonders preiswert im Rest Meter M -98
- Crépe-Schotten u. Streifen**, inbansicht gefärbt, weißgründig, in feinen Farben, ca. 70 cm breit, im Rest Meter 1.10
- Stoffe**, ca. 90 cm breit, hell und mittelgründig, aparte Streifen, besonders preiswert... im Rest Meter M 1.35, -75
- Schotten** in schönen Farbstellungen, für Blusen und Kinderkleider im Rest Meter M 1.35, -85
- Blusenstoff**, weißgründig, aparte Streifen, besonders preiswert im Rest Meter M 1.35, -95
- Blusenstoff**, Baumwolle, ca. 100 cm breit, hell- und mittelgründige Streifen, aparte Farben, im Rest Meter M -98
- Foulardgatin**, ca. 70 cm breit, in schöner glanzreicher Qualität, für Blusen und Kleider im Rest Meter M -98
- Schotten**, reine Wolle, ca. 95 cm breit, buntes und mittelgründig, in modernen Farben ... im Rest Meter M 2.75
- Kleiderstoff**, reine Wolle, ca. 130 cm breit, für Röcke und Sportkostüme im Rest Meter M 2.75
- Kleiderstoff**, ca. 120 cm breit, in schwarz und blaugründerig, mit feinen Streifen und Karo, im Rest Meter M 2.75

Windjackenstoff, vorzügliche Qualität, wetterfest, besonders preiswert im Rest Meter M 2.40

Serie I:

Samtflecken in verschiedenen Breiten, in schwarz, blau und braun, für Garniturzwecke jeder Rest M -10, -05

Serie II:

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, für Bekleidungen und Garniturzwecke geeignet jeder Rest M -25

Serie III:

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, für Schürzen und Kissenbezüge, in Cretonne, Satin usw., jeder Rest M -40

Serie IV:

Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, für Garnituren und Kinderkleidchen geeignet jeder Rest M -60

Unsere Versandabteilung erledigt für auswärts Wohnende umgehend alle Bestellungen

Auskunft über erleichterte Zahlungs-Bedingungen erteilt unsere Rechnungs-Abteilung / Direkter Zugang An der Kreuzkirche 9, 1

RENNER

Modehaus · Dresden · A. Altmarkt

Öffentliche Sitzung
des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden
am Dienstag den 16. März 1926, vor- mittags 11 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft (2. Stock) hat. Die Tagesordnung lautet am Anschlagbrett im Amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäude aus.
Dresden, am 6. März 1926.
53041 Die Amtshauptmannschaft.

Bei unterzeichneter Stelle soll ein
Kaffengehilfe
30 bis 35 Jahre alt, höchstens zum 1. Mal ein- gestellt werden. Derselbe muß Junggeburter, wachstüchtig und wädhlich im Hauswesen sein. Besondere Kenntnisse im Bedienungswesen sind erforderlich.
Wünsche: Ostpreußenstraße 10/11
H. Herbers, Vorsitzender.

Schuh- Oestreich
Seit fast 20 Jahr, bekannte Schuh-Fabrik mit kleinen Preisen.
Jahresstraße 2
am Wettiner - Bahnhof
- 7 Schaufenster -
sowie
Königsbrücker Straße 3b
am Albertplatz
- 2 Schaufenster -
53041

mit Gas!
Hausfrauen
Vergessen Sie nicht den
Koch-Vortrag
Dienstag den 9. März 1926
abends 8 Uhr
im Gasthof Cossebaude, Dresdner Str. 3
Kostproben-Verteilung.
Eintritt frei.
Direktion der Gaswerke.
(321)

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die tieftraurige Nachricht, daß Sonntag den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, unter heftigster Krankheit, unser lieber Bruder, mein Bedauern, der
Tischler
Otto Starke
nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im 55. Lebensjahre sanft einschlafen ist.
Dies zeigen schmerzhaft an:
Dresden · A. Marienbühlstraße 72.
Familie Starke
Familie Kempe
Hulda Kempe als Braut
Die Beerdigung findet Mittwoch den 10. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhofe statt.
16308

Fahrräder
belle Marken
Wifa, Vanzel
Schlabbig, Hünel.
Kleine Anzahlung
Kleine Marken 1/10 bis 1/20
Ersatzteile bei Bedarf
Volkmir, 19, 2. Straße

NACH SUDAMERIKA
Vorzügliche Reisegelegenheit mit den beiden großen neuen Doppelschrauben-Schnellmotorschiffen
MONTE SARMIENTO
MONTE OLIVIA
Einheitschiffe dritter Klasse mit großen luftigen Kabinen, Gesellschaftsalen, Rauchsalon, Schreib- und Lesezimmer, zwei Sozialsalon, gute Gelegenheit für Erholungs- und Studienreisen
Fahrpreise Hamburg-Südamerika etwa 400 Goldmark
Max. fordere Fahrpläne und Drucksaehen bei
HAMBURG-SÜD
Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft
HAMBURG 2, HOLZERÜCKE 6, BEIM HOFFENMARKT
oder
Generalvertretung in Dresden: A.L. Mende
Moserstraße 1, Ecke Prager Straße
Vertretung in Pirna: C. Schober & Weigold
Markt 12
Vertretung in Meißen: Victor Pohl
Bahnhofstraße 2. 1 w 231

1. Volkshausvorsteher Harmonie, Dresden
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Spiegelmaler
Otto Starke
am Sonntag nach langem Leiden verstorben ist. Obse seinem Andenken!
53041 Der Vorstand.

Stich. Stahlblech
amtlich vollwertig ge-
stempelt 10 207
5 1/2 bis 8 1/2, Stärke 6 1/2
Südseite 1924. Ref. 10/20
H. Kropat, Schloßstr. 1
near 1884 (Postfach 10/20)

Statt Karten.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Liebe und Teilnahme durch Wort, Schrift und Blumenstrahlen beim Hinscheiden unserer lieben Tochter
Frieda Anna Adam
sagen wir allen hiermit den herzlichsten Dank. Besonders Dank der Gemeindegemeinschaft und Frau Starke für ihre Arbeit während der Krankheit, dem Mannern und Freunden für den schönen Kranz und den erhabenen Gesang in der Halle und am Sarge, der Gemeindegemeinschaft von Völkern und Wohlthät für das freiwillige Tragen und für die tröstliche Beibehaltung, die sie uns wertvoll werden ließ. Dies alles hat uns wollaufen
Die aber, liebe Frieda, ruhen wir ein Stück weit in deiner Erde!
Die tieftrauernden Eltern u. Geschwister
W. Adam nebst Frau und
Wohnung W. Müller. 10 115

Möbel
aller Art
in mod. Ausführung u.
höchster Arbeit
besitzt man am vor-
zuziehenden von
Joh. Kildebrand
Widdergäßchen
Wilsdruff.
10 111

1 Posten Fahrräder
gebraucht, 1. und 2. Hand
Kreuzer, Rennrad, etc.
Preiswerte Reparaturen
Greibner, W. 1 u. 2
Greibner, W. 1 u. 2
10 211

Loftschmied
Werkstätten mit die Dresdner
Klosterstraße, auf sämtliche
Klosterstraße und sonstige
Werkstätten nimmt entgegen
Reparatur W. Fischer, Seebühlstraße 1.

Gute Bücher kauft man in der Volksbuchhandlung Dresden und ihren Filialen.

Statt der Eisenbahn
sollten Sie sich stets eines schmaden
"Germania"-Fahrrades bedienen.
Es bringt Sie schnell und sicher bis ins
kleinste Dorf und zeigt Ihnen unterwegs
alle Reize der Landschaft. Sie haben
die Freude der gesunden Bewegung
und des Naturgenusses. Kein Fahrplan
hemmt Ihre Bewegungsfreiheit. Oben-
drein sparen Sie viel Geld. Alles durch
das solide "Germania"-Rad. Sie
brauchen es. Sie kaufen in 3 Winter-
Läden - Elberstraße 9, Johann-
straße 19, Prager Straße 36 -
gegen langfristige Zeitgarantie.

Dresdner Chronik

Aufwärts, immer aufwärts!

x. Da sage man noch, daß Worte ins Leere dringen, Schall und Rauch sind, in die Unendlichkeit verfliehet wie ein Tropfen im Erdreich. Man tue den Worten nicht Unrecht! Auch Worte können Verge versehen, wenn sie gehört werden. Raum haben wir an dieser Stelle unsre mit so ehrfürchtigen Stimmungen aufgenommene Preisfrage ausgesprochen: Was ist die Aufgabe der Reichspost im bescheidensten Umfang und daher unbenutzbar sein, da hören wir, daß die Post...

Was, um Gottes willen?
Daß die Gebuld der Unterthanen mit einem zweiten Schalter besetzt werden soll? Daß die Post zu der Ueberzeugung gelangt ist, sie sei des Publikums wegen da, nicht umgekehrt? Daß die Post berechtigten Bedürfnissen zahlloser geplagter Zeitgenossen im bescheidenstem Umfang zu entsprechen sich allmählich geneigt zeige?

Da hören wir, daß die Deutsche Reichspost die Mitgliederzahl ihres Verwaltungsrates von 31 auf 37 zu erhöhen im Begriff sei.

Ist das nichts?
Hält nicht jedem Steuerzahler ein Stein vom Herzen, ein Alp von der Seele, wenn er dieses Notium vernimmt? Hat nicht jeder von uns schon mindestens einmal gezittert bei der unsäglichsten Vorstellung, die Deutsche Reichspost müsse sich mit einem Verwaltungsrat von: sage und schreibe ausgerechnet 31 Mitgliedern behelfen? Ist es nicht ein Glück, daß man endlich den Mut gefunden hat, sich offen zu der einzig mäßigen Lösung zu bekennen: den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost um sechs Mann zu verstärken?

Was ist eigentlich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost? Was tut er? Er empfängt Pläne. Aber sonst? Was tut er noch? Niemand weiß es. Deshalb, gerade deshalb begreift jeder, daß es lächerlich wäre, ihn weiter aus 31 Mitgliedern bestehen zu lassen. Man hat bei uns so viel Ehrfurcht vor den unbekanntesten Dingen, daß man blindlings an ihre Notwendigkeit glaubt. Kein Mensch wird der Verstärkung des geheimnisvoll wirkenden Verwaltungsrates auf 37 Köpfe widersprechen. Kein Mensch wird so feibel sein, daran zu zweifeln, daß die Post überhaupt erst funktionieren kann, wenn sie ihren auf den neuesten Stand der Wissenschaft beruhenden Verwaltungsrat hat.

Tann geht es! Paßt nur auf!
Was? Nun eben: mit der Reichspost. Ach so, dann mit dem Publikum, das Volk, dann werden die Unterthanen... Quasi! Wer redet dem Publikum? Die Post hat, was sie braucht. Der Verwaltungsrat hat, was er braucht. Und jedes Mitglied hat seine Pläne. Wer also könnte bestreiten, daß die Erhöhung der Zahl der Verwaltungsratsmitglieder der Deutschen Reichspost von 31 auf 37 eine Notwendigkeit ist, die länger hinauszuhalten eine gefährliche Gefährdung einer öffentlichen Einrichtung bedeuten würde?

Stimmen der Empörung

Ein Leser bringt diese Stimmen, die er beim Flugblattverbreiten auf dem Lande am Sonntag vernahm, zu allgemeinem Gehör:

„Ich komme zu einer Teamittemitwe, übergehe ihr ein Flugblatt, und noch ehe ich sie auffordere, sich einzuschreiben, zusehe ich in heftiger Empörung: „Ist nicht auch eingeschrieben, mein Bruder ist wegen des Verlustes von 11000 M. durch die Inflation fast ruinös geworden, und diese Gesellschaft will etwas haben? Nein — niemals!“

Bei einem kleinen Geschäftsmann, der früher ein viel größeres Geschäft hatte und bis vor der Inflation vom Gelde lebte, den Rest aber zum Kauf seines jähigen kleinen Geschäftes verwendet: „Selbstverständlich gehen wir eingeschrieben. Bei diesem Volksbegehren werden wohl alle Vorkriegsleute zu Sozialisten werden. Denken Sie einmal: gestern bekam ich 300 M. für 6000 M. Doppelte! Ausgeschüttelt. Ist das gerecht?“

Ein Gutbesitzer, der bei früheren Wahlen hervorragend für die Deutschnationalen tätig war, war äußerst erregt über die Aussprüche der Fürsten und wünschte uns den Sieg.
Ebenso ein alter selbständiger Handwerker und Wirtschaftsbefehlshaber, der auch nach dem Lesen unsres Flugblattes gleich am nächsten Tage zur Eingetragenen gehen wollte.

Auffallend ist, wie empört Mitglieder der vaterländischen Verbände über die Forderungen ihrer „Landesräte“ sind. Ich konnte feststellen, daß drei alte Militärvereine zur Eingetragenen schritten, trotz der Warnung ihrer Organisationsstellen. Alle hier bezeichneten Personen waren bei den letzten Wahlen Wähler rechtsstehender Parteien, sind Leser von Zeitungen, die ihren Lesern empfehlen, sich nicht einzuschreiben. Die rechtsstehenden Parteien werden sich wundern!

Gehe über den Ursprung des Fürsten-„Eigentums“

Lehrer: Vedent, o Kind, woher sind diese Gebeu? Du kannst nichts von dir selber haben.
Kind: Et, alles hab' ich vom Papa.
Lehrer: Und der, woher hat's der?
Kind: Vom Großpapa.
Lehrer: Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?
Kind: Der hat's genommen.

Die Gebühre der Kirche

Das Reichsgericht hat, wie wir am Freitag berichteten, dem säkularisierten Staat die Verpflichtung auferlegt, den Kirchengemeinden die Zuschüsse zu leisten, wenn sie eine den Zeitverhältnissen nicht entsprechende Befolgung ihrer Geistlichen nicht aufbringen können. Ueber die rechtlichen Gesichtspunkte und die falschen Voraussetzungen von denen das Reichsgericht ausgeht, ist damals schon das Nützlichste gesagt. Ueber die Höhe der „den Zeitverhältnissen entsprechenden“ Verbindungen wird natürlich noch manches ernste Wort zu sprechen sein, angesichts der Notlage, in der sich heute Millionen von Volksgenossen befinden. Vor allem aber muß, sofern Anforderungen einzelner Kirchengemeinden an Staat und Ortsbehörden gestellt werden, man in eine genaue Prüfung darüber eintreten, ob die an den Kirchen angelegte Zahl der geistlichen Kräfte auch den Verhältnissen und der in den Parochien zu leistenden notwendigen Arbeiten bzw. der Zahl der Parochianen entspricht. Staat und öffentliche Klassen haben keinerlei moralische und gesetzliche Verpflichtung, immer neue Propagandas für die Religion anzustellen, vielmehr durchaus ein Interesse daran, daß auch hier, wie in allen Erwerbszweigen, ein kräftiger „Abbau“ stattfindet. Wie sehr hier Aufmerksamkeit nötig ist, dafür hier einleitend nur ein Beispiel.

An der Verkündigungskirche in Strieschen amtierten einige Zeit vor dem Kriege um 1000 Mitglieder, jetzt sind nur noch 200 Mitglieder. In der schlimmsten Zeit nach dem Kriege ging wohl der dritte der Geistlichen in irgendein Verdienst zur Arbeit; aber das dauerte nicht sehr lange. Nebenbei aber hatten die drei Geistlichen nicht übermäßig viel zu tun. Wenn das bestritten werden sollte, können wir mit Einzel- und Jugendbeweisen dienen. Trotzdem sich die Bevölkerungszahl der Verkündigungskirche in der letzten Zeit durchaus nicht vermindert hat, vielmehr durch Kirchenaustritte eher an Zahl geringer geworden

sein wird, hat man vor ganz kurzer Zeit einen neuen vierten Geistlichen angestellt. Das ginge nun die Allgemeinheit und die aus der Kirche Ausgetretenen gar nichts an, wenn die Kirchengemeinden für ihre Angestellten selbst sorgen wollten. In dem Augenblicke aber, in dem der Staat oder die Gemeinden für die Besoldung der Kirchenangehörigen eine öffentliche Angelegenheit, um die sich die Öffentlichkeit im Allgemeinen bekümmern muß, hier darf man sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen, hier darf die Kirche auch nicht nach ihrem eigenen Gutdünken handeln. Wenn die Kirche Unterstützung verlangt, muß sie auch prüfen lassen, ob die Zahl der angestellten Geistlichen und sonstigen Hilfskräfte Verhältnissen entspricht, die in früheren Zeiten als normal galten. Jedenfalls dürfen Staat und Staatsbürgerchaft dem Bedürfnisse der Kirche nach Ämtern unter Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Kranken durch Kinder- und Jugendvereine, Unterhaltungsabende, sogenannte christliche Hausflüge usw. sich nicht einfach fügen. Die Kirche hat durchaus die Mittel in der Hand, ihre Gläubigen für außerordentliche Dienste ausgiebig zu bestreiten, wie das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war — heute hat sie diese Vorsehung zum großen Teile nachgelassen, um sich ihre Schiffe zu erhalten. Die gesamte Staatsgemeinshaft aber hat gar kein Interesse daran, daß die Frommen unentgeltlich gestützt, kräftig getraut und mit kräftigen Segen besetzt werden. Man möge hierfür wieder wie früher Gebühre einfordern, dann wird man auch die Geistlichen selber bezahlen können oder man wird ihre Zahl mangels an Arbeit eben vermindern müssen. Jeder bezahle seinen Geistlichen, wie er seinen Wäcker bezahlt, sagte Webel einst mit Recht. In der Republik, die keine Staatskirche kennt, muß dieser Grundsatz gelten. Aber es wird nicht eher kommen, als bis das Volk sich nicht die verschimmelten Einrichtungen der Monarchie dem Dasein geliebt oder doch zeitweilig umgestaltet hat. Zu ihnen gehört das Reichsgericht, das dem Reichsamt Wahlen und dem Fortschritt wieder einmal wie schon früher beim Schulgesetz mittels verfeinerter Paragraphen Fägel angelegt hat.

Gemeinschaftsfeier in Strieschen

„Ein fröhliches Verg“

Einen unerwartet zahlreichen Besuch fand die für den Sonntagabend angeordnete Gemeinschaftsfeier des Gruppenverbandes Strieschen. Über hundert und ruhigen Schreien in sich im fröhlichen Tanz tanzendes Paar — so veranschaulichte die Hofschmittscheidung des Programms den Sinn des Abends. Die Belohnung der Verdienste, ja der Notwendigkeit der Freude auch im proletarischen Leben und im Aufsteigen der Wege und Mittel war darum auch der Inhalt des Prologs sowie der von Kurt Heib u gehaltenen Rede, die man selbst gern etwas fröhlicher, etwas vom Humor durchwürgel gemünzt hätte. Die von Walter Rehs, Bernhard Schwab, Herbert Böttig und Konrad Schäfer in gutem Zusammenhange vorgetragene Musik steigerte sich dem Thema des Abends entsprechend von einem noch ernst gehaltenen Allegro von Beethoven über eine sehr innige Volksweise zu einem komischen Marsch, das, von den Spielern überhört dargeboten, wohl den reichsten Beifall des Abends für sich gewann. Abgeschlossen wurden die Darbietungen mit einem von der Selbstgemeinshaft der Arbeiterjugend gespielten Tilt-Fußballspiel, das ein von Arno Jung e robt geschickt und sinnvoll geführtes und auch von ihm selbst gewandt geführter Vorwurf einleitete. Das Spiel selbst verlief freilichweise ernsthafteste Arbeit der Jugendlichen, das Gesamtspiel dagegen hätte auch für ein Laienspiel schmerzvoller sein können. Da es noch einmal zur Aufführung kommt, kann dieser Mangel jedoch ausgeglichen werden.

Gegen die Abwärtigung des Mieterschutzes

Der Bund Deutscher Mietervereine, e. V. (St. Dresden), hat dem Reichstag für die bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes eine Denkschrift zugucken lassen, die die Forderung erhebt, die Vorlage ohne weiteres Eingehen auf Einzelheiten ab zu lehnen, und die weiter von der Reichsregierung verlangt, daß sie, entsprechend dem ihr seit Jahresfrist erteilten Auftrag des Wohnungsausschusses, dem Reichstag endlich eine Vorlage für ein neues Wohnwirtschaftsgesetz unterbreitet. In der ausführlichen Begründung heißt es u. a.:

„Es ist eine merkwürdige Art der Willkür der unser Volk und insbesondere die Arbeitslosen und Kurzarbeiter schwer drückenden wirtschaftlichen Not, wenn der Entwurf schon mit einer Verschärfung der Bestimmungen für den Fall des Verzugs mit dem Mietszins einsetzt. Abgesehen davon, daß für diese Veränderungen keine sachliche Notwendigkeit vorliegt, muß man gerade heute dem Gaudes sich sehr wohl zumuten, daß auch er ein Opfer bringt, damit die wirtschaftliche Not nicht immer nur die ihr unmittelbare Angehörige Klasse des arbeitenden Volkes trifft. Die Sorge für Arbeitslose und Kurzarbeiter erschöpft sich durchaus nicht in der Frage der Abwärtigung der Bestimmungen und Kurzarbeiterunterstützung oder in der Schaffung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge, sondern ist auch die Sorge für die Reduktion solcher Volksgenossen mit Bezug auf ihre Wohnrechte. Der Hausbesitzer ist offenbar ein Volksgenosse besseren Rechts. Die Ausführungen, die die Reichsregierung zur Begründung bringt, beweisen nur, wie mühsam sie sich nach den Gründen für die Verringerung des Mieterschutzes umsehen muß, während sie auf der anderen Seite seit dem Zustandekommen des Mieterschutzgesetzes nicht wieder Zeit gefunden hat, sich um die Rechte der Mieter zu kümmern und dafür zu sorgen, daß auch die Mieter, die in ihren Rechten von den Vermietern viel öfter gekränkt werden als das umgekehrt der Fall ist, geschützt werden. Hier sucht die Reichsregierung nicht nur nicht nach neuen Wegen, sondern hier behandelt sie die Wohnungsfrage völlig einseitig vom Standpunkte des Kapitalist.“

Das „unästhetische Buch“ in der Volksbuchhandlung

Im Sommer vorigen Jahres erhielt unter in der Volksbuchhandlung am Wettinerplatz tätiger Buchhändler, Genosse Wenzl, einen auf 500 M. lautenden Strafbesehl wegen an geschlicher Verdrängung unästhetischer Schriften. Wenzl bestritt, was ein Buch mit dem ironisch gemeinten Titel: „Es lebe der Krieg!“ Es entkam dem Leipziger Verlag „Die Wölfe“, und hatte den Sozialisten Bruno Vogel zum Verfasser. Vogel hat eine ungekürzte Wiedergabe von eigenen Erlebnissen und Beobachtungen aus dem Schützengraben, aus Frontenbesuchen, Soldatenleben und Stappensinn, nannte dabei able und schmutzige Dinge bei ihren wahren und schmutzigen Namen, kennzeichnete eine bestimmte Atmosphäre und machte sich um Kultur und Frieden verdient. Das Buch Vogels hatte aufgeschlagen in einem Schaufenster der Volksbuchhandlung gehangen, wo es von einem Kriminalbeamten als „unästhetisch“ erkannt wurde.

Genosse Wenzl erhob feinerzeit gegen den Strafbesehl Einspruch. Vor dem Amtsgericht machte er geltend, daß ihm als Buchhändler unmöglich der Inhalt aller zum Verkauf gelangenden Bücher bekannt sein könne, auch der in Frage kommende Verlag nicht als ein solcher anzusehen sei, der unästhetische Literatur verdrängt, und daß das Buch von Tageszeitungen in durchaus gutem Sinne besprochen wurde. Wenzl forderte, da ihm das Verurteilen von einem durchaus unästhetischen Charakter der Schrift gemangelt habe, seine Freisprechung. Das Amtsgericht hat indessen der Meinung, daß einige Umstände zumindest das Vorhandensein eines bedingten Verdachts erkennen lassen. Es sprach daher den Angeklagten Schuldi. Seite aber die durch Strafbesehl verhängte Strafe auf 300 M. herab. In der Begründung hieß es, der Inhalt des Buches sei objektiv geeignet gewesen, das im Volke herrschende Entschlackungssyndrom zu verleben.
Wenzl legte gegen das Urteil Berufung ein. Die Festsetzung des neuen Verhandlungstermins zog sich hinaus, weil zunächst der Verlauf des vor den Leipziger Gerichten gegen den Ver-

lasser und den Verleger des Buches gerichteten Prozesse abgewartet werden sollte. Nachdem die Leipziger Verhandlungen, die mit der Verurteilung Vogels und seines Verlegers zu Selbsttötungen endeten, am Sonnabend vor der 5. Strafkammer des Dresdner Landgerichts abgehalten. Für Wenzl, dem als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Günther zur Seite stand, kam es auf den Nachweis an, daß der Tatbestand des § 184 in subjektiver Hinsicht nicht erfüllt sei, weil das Bewußtsein einer strafbaren Handlung nicht vorzuliegen habe. Als Hauptzeugen hierfür hatte er den Redakteur der Dresdner Volkszeitung, Genossen Wochmann, zitieren lassen, durch den zu bekunden blieb, daß Wenzl nach einer auf das aushängende Buch bezüglichen Mitteilung lediglich dessen Entfernung aus dem Schaufenster vorgenommen hatte.

Die Verhandlung war im vollen Umfange geheim. Sie wurde schließlich vertagt. Wie aus den Worten des Vorsitzenden hervorging, beruhte vor allem die Frage der Verurteilung der Schrift Schmierigkeiten. Es soll nunmehr mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Leipziger Urteile von Vogel und dessen Verleger angefochten worden sind und in den dortigen neuen Verhandlungen Sachverständige aus Literaturkreisen über den Inhalt des Buches gehört werden sollen, der Dresdner Termin erst nach endgültiger Erledigung der Leipziger Prozesse stattfinden.

Gewerbegericht

Die Lohnpändungsgrenze

Ein Bauarbeiter schuldete seinem Arbeitgeber aus einem früheren Arbeitsverhältnis einen Betrag von 30 M. Als er bei dem gleichen Arbeitgeber ein Jahr später wieder die Arbeit aufnahm, verpflichtete er sich, den Betrag abzurufen, bzw. sich wöchentlich einen Teilbetrag vom Lohne abzahlen zu lassen. Er wurde aber in der zweiten Woche arbeitsunfähig krank, und nun behielt der Arbeitgeber für seine Forderung den Lohn des Arbeiters zurück. Dieser Klage daraufhin den zurückbehaltenen Lohn in Höhe von 30 M. ein, da seiner ganz richtigen Meinung nach nicht die ganze Forderung auf einmal vom Lohne gekürzt werden könne. Der Richter erklärte die Klage abzuweisen, daß bei einem Abzug die Lohnpändungsgrenze zu überschreiten sei. Bei einem Wochenlohn bis zu 30 M. dürfe überhaupt nichts vom Lohne abgezogen werden und von dem Betrag, der 30 M. übersteige, dürfe wiederum nur der dritte Teil zurückbehalten werden. Nun erklärte der Beklagte, daß seine Forderung auf Grund einer Unterschlagung bestehe, deren sich der Kläger schuldig gemacht habe und demnach müsse er auch strafgerichtlich abgeurteilt werden. Der Richter mußte das zugeben, nachdem er es in der Klage verneinend hatte. Nun mußte der Richter den Kläger darüber aufklären, daß in diesem Falle keine Klage ausstehlos sei. Wenn ein Arbeitnehmer dem Arbeitgeber einen Schaden durch eine uneheliche Handlung zufüge, so habe dieser das Recht, ungeachtet der Lohnpändungsgrenze, den Schaden in voller Höhe vom Lohne zu kürzen. Darauf mußte die Klage zurückgezogen werden.

Im Jitkus wird demnächst ein Jubiläum gefeiert. Es war zu Ostern 1901, als Stof-Sarrafani mit fünf Pferden und drei Wagen von Rodewal aufbrach, um in Reichen einen Jitkus zu eröffnen. Es sind also zu Ostern 1926 26 Jahre her, seit er zum ersten Male eigene Jitkusvorstellungen gab. Seine Spielpläne sind immer besser und reicher geworden und haben heute eine nie gekannte Höhe erreicht. Unter den jetzigen Reutenen ragt ein komischer Reutener hervor, der wie ein hölzerner Soldat aussieht und sich auch so gibt, dabei aber ganz still und anspruchslos die schwierigen Tricks am dreifachen Red ausführt. Seine komische Art, über sich selber zu lachen, steht alle Zuschauer mit Vergnügen an. Eine große Menge Zuschauer gibt der Komik den Beifall, für den die Gasse der Schwerekraft nicht existieren. Ähnlich ist am Schluß der Nummer der „erschütternde“ Doppeltrick eines Hundes und seines Herrn, die sich nach dem lebendigen Schluß langsam zum Sterben legen. Dann löst ein Türke eines sommerschönen Los. Er wird, an Händen und Füßen gefesselt, in einen Sack geschürt, der verriegelt in eine Röhre gefüllt wird. Im nächsten Augenblick schon ist der Türke unter den Zuschauern und statt seiner kommt seine Partnerin auf dieselbe Art gefesselt aus der Röhre. Eine besonders feine Nummer bietet ein Kunstreiter, das in vornehmem Stil elegante Reitkunst ist. Die drei bauen auf drei nebeneinander galoppierenden Pferden ein Red auf, an dem einer gemauert und sicher ist. Auch der langdauernde Handstand auf einem in schneller Bewegung befindlichen Pferd ist eine Höchstleistung. Höchstbedeutende Ballettweisen spielen Wenzl mit dem Publikum, und gleich darauf laufen mit Hilfe von Schieberbrettern Menschen durch die Luft und werden prompt wieder aufgefangen. Jetzt aber wird's ernst. Ein Hofscher führt die offene Kodescheife und überbringt Luftschiffchen eine Distanz von circa 5 Meter. Dazu gehören mehr Mut und vollständiger Beherrschung der Recken als zu der kürzlich gezeigten Luftschiffchen aus der Kuppel, weil das Fahrzeug nicht durch mechanische Mittel, sondern lediglich durch den Willen des Führers geleitet wird. Inzwischen der „Schau der Schönheit“ gehen sich neue Paare, von denen eine vollendete Akrobatin zeigt. Dazu kommen eine kunstfertige Sängerin, befeuerte Schöne und zahlreiche, bereits früher besprochene Darbietungen neben den neuen Epochen der Clownn. Man geniesse eine Schau disziplinierter Menschen und Tiere, die einen Besuch des Jitkus wert ist.

Verbreitend der Dresdner Schrebergärtner. Der große Vereinshandlung war mehr als überfüllt, ein Massenansturm, ein Massenansturm, wie eine Volksversammlung zum Volksbegehren. Viele mühten unermüdet die Sache wieder nach Hause gehen, für sie wird die Veranstaltung wiederholt. Mehr als ein Duzend in Kreisverband Dresden der Garten- und Schrebergärtnervereine zusammengeschlossene Kolonien hatte ihre Jugend aufgegeben, um zu zeigen, daß sie nicht nur nach materiellen Vorteilen streben, sondern daß sie auch verstehen, sehr ideale Früchte auf ihrem kleinen Stücken Eigenland herauszuwickeln. So gab denn in bunter Reihenfolge die Jugend vorbei, vom Dreifach bis zum Vorfisch, mit Wein und Zang, mit Reigen und Wäldern, mit Springen und Schwingen, daß es jeder kein Ende nehmen wollte. Und als der Film vom vorjährigen Werbeausflug gezeigt wurde, kam Leben in das junge Volk, denn sie waren ja alle dabei und freuten sich unendlich darauf, sich wiederzusehen. Mit launigen Worten ward Schuldirektor Friese bei den noch Abteilnehmenden für den Gemeinshaftsbanken, der in den Schrebergärtnervereine gepflegt wird. Ganz besonders wandte er sich an die, leider durch durch Abwesenheit glänzenden Weiber, die Bestimmungen der Schrebergärtner noch mehr wie bisher zu unterstützen und dem Verlangen der Großstadtbevölkerung nach einem Städtchen Eigenland noch mehr wie bisher Rechnung zu tragen. Es war eine sehr gelungene Veranstaltung und ein Werkabend in jeder Beziehung. Die Luft im Vereinshaus trug das ihrige dazu bei, dem zum Schluß lehnte man sich ordentlich nach einer Prise feiner Schrebergartenluft.

Die königlichen Bezirksvermesser. Im Finanzamt, Annenstraße, 2. Stock, kann man beim Bezirksvermessungsamt im nächsten Jahre der Republik auf dem Korridor ein Schild lesen, auf dem geschrieben steht: Zu den königlichen Bezirksvermessern. Rührt niemand in die Augen, der dabei etwas ändern könnte? Oder freut man sich an den Stellen, die dafür in Frage kommen, daß noch so eine Kleinigkeit an die herrlichen Zeiten der Monarchie erinnert?

Markenlose Brief frankierung. In den Briefen des Publikums scheinen Zweifel über die Bedeutung der Angaben in den seit einiger Zeit von der Geschäftsverwaltung verwendeten Frankierungsstempeln zu bestehen. Maschinen mit Frankierungsstempeln sind von der Post zur Frankierung der Briefsendungen zugelassen und werden bereits in großer Zahl von Banken, industriellen Werken, Geschäftshäusern, Zeitungen usw. zur Brief frankierung der gesamten Briefpost, als auch der Briefe, Postkarten, kurz aller Briefsendungen benutzt. Die mit ihnen hergestellten Stempel enthalten den Tagesstempel, aus

Volkstnot - Fürstenhabgier!

Ueber dieses Thema findet zum bevorstehenden Volksbegehren auf Enteignung der Fürstendörfer folgende Versammlungen statt:

Montag den 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
Dresden-Löbtau, im "Drei-Kaiser-Hof", Reiffendorfer Straße.
Referent: Parteisekretär Rudolf Rahmig.

Dienstag den 9. März, abends 7 1/2 Uhr:
Dresden-Rähnitz, im "Eichstamm". Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Stegmann.

Mittwoch den 10. März, abends 7 1/2 Uhr:
Leuben, im Gasthof zum Stern. Referent: Stadtrat Wilhelm Sander.

Donnerstag den 11. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gohlis, im "Eichstamm". Referent: Parteisekretär Subit, Dresden.

Gohlis, im "Eichstamm". Referent: Parteisekretär Willy Subit.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen, erscheint in diesen Versammlungen in Massen und holt sich Aufklärung über die unerfülllichen Forderungen der Fürsten gegenüber dem notleidenden Volke. Demonstriert und zeichnet auch in der Zeit vom 4. bis 17. März ein in die Listen zum Volksbegehren.

Neue Broschüren sind eingetroffen. Die Agitationsbroschüre, die kostenlos bezogen wird, ist wieder neu eingetroffen und steht allen Betriebsvertrauensleuten und Gruppenleitern zur kostenlosen Verteilung in Betrieben, Versammlungen usw. zur Verfügung.

Gruppe Reusatz 6 (Oppellvorstadt). Mittwoch, bündlich 7 Uhr, im Gruppenlokal Vorhandlung. Die Karteiführer müssen erscheinen. Gleichzeitig Ausgabe von Streuzetteln und anderem Material.

Gruppe Striesen 1. Morgen Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Wartburgstraße Mitgliederversammlung. Genosse Robert Richter spricht über den Volkskampf und seine technische Durchführung. Gruppenangelegenheiten.

Gruppe Trachenberge. Erwerblose Parteimitglieder und Zeitungslieferer, die die Volkzeitung zum halben Preise wünschen, wollen sich am Donnerstag und Freitag beim Genossen Sneyper, Großenhainer Straße 133, von 6 bis 7 Uhr, mit Parteibuch und Erwerblosenkarte melden.

Frauengruppen Reusatz 3 und 4. Heute Montag Frauenabend mit Vortrag der Genossin Dellberg über: Die feste ist meinen Mann?

Frauengruppe Dresden-Plauen. Zur Frauenversammlung am 9. März in der Reichstrone treffen sich die Genossinnen 6 1/2 Uhr an der Autobushalle Plauensches Rathaus. Führung: Genossin Köhler.

Frauengruppe Pleßchen. Mittwoch im Ritters Restaurant, Ede Wohn- und Wartulstraße, führt und Genossin Lehrer Marx die innere Umgestaltung der Arbeitsschule praktisch und theoretisch vor. Bündlich 7 1/2 Uhr wird begonnen. Kinderfreunde-Eltern sind hiermit eingeladen.

Frauengruppe Trachenberge. Zum gemeinsamen Besuch der großen Frauenkundgebung am Dienstag in der Reichstrone treffen wir uns 6 1/2 Uhr auf dem Trachenberger Platz. Jede Genossin muß daran teilnehmen.

Frauengruppe Striesen 2. Die Genossinnen und Gäste treffen sich Dienstag, 6 Uhr, Ede Wohnung und Schandauer Straße zum gemeinsamen Gang zu der Frauenkundgebung in der Reichstrone.

Frauengruppe Zellewisch. Der morgen Dienstag folgende Frauenabend findet nicht statt. Dafür beteiligen wir uns alle an der Frauenkundgebung in der Reichstrone.

Frauengruppe Sauberg. Alle Genossinnen, die zur Versammlung in die Reichstrone wollen, treffen sich Dienstag, 6 1/2 Uhr, am Forsthaus.

Frauengruppe Riederfeld. Zur großen Frauenkundgebung am morgigen Dienstag in der Reichstrone, Köhlerweg, fahren wir 6 1/2 Uhr, ab Strahlenhofhof Leuben. - Mittwoch den 10. März im Café Kühne geselliges Beisammensein.

Jungsozialisten Johannshof. Dienstag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Restaurant zum Gensefelder. Vortrag des Genossen B. Lehmann über: Klassenkampf.

Jungsozialisten Löbtau. Dienstag, 7 1/2 Uhr: Dritter Abend der Vortragsreihe von Alice Kühle: Kritik und Inbeziehung der Psychoanalyse und der Individualpsychologie zur sozialistischen Theorie. Eröffnet alle, Gäste willkommen.

Jungsozialisten Gohlis. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft in der Volkshaus. Thema: Soziale Dichtung. Gäste herzlich willkommen.

Wichtige Regeln für das Volksbegehren

Aus Anfragen, Wünschen und Beschwerden, die dem Parteisekretariat wiederholt zugehen, geht hervor, daß die Bekanntmachung hinsichtlich der Durchführung des Volksbegehrens: Enteignung der Fürstendörfer, nicht überall richtig verstanden worden ist. Es sei daher nochmals auf folgendes besonders aufmerksam gemacht:

1. Jeder Wahlberechtigter, der für das Volksbegehren ist, muß persönlich nach der von der Gemeindebehörde festgesetzten Einzeichnungsstelle gehen und sich in eine dort liegende Liste einzeichnen. Die Mitnahme des Einwohnerheftes ist für die Dresden-Wahlberechtigten nicht notwendig, die bei den bisherigen Wahlen (Reichstags-, Reichswahlmännerwahl usw.) in der Wahlstimmstunde.

2. Auch die Ehefrauen müssen sich selbst einzeichnen; der Ehemann darf also nicht die Einzeichnung für seine Frau erledigen.

3. Verheiratete oder verheiratete gewesene Frauen müssen ihren Mädchennamen mit einzeichnen. Da dauerndere Weise viele Beamte die verheirateten Frauen bei der Einzeichnung auf diese Tatsache nicht aufmerksam machen, müssen unsere Genossinnen und Genossinnen für weite Verbreitung dieser Vorschrift sorgen.

4. Für die Stadt Dresden besteht für jeden Wahlbezirk ein Wahlbezirk mindestens eine Einzeichnungsstelle, die in der Dresden-Volkzeitung veröffentlicht wurden und die in bestimmten Zeitabschnitten wieder veröffentlicht werden. Jeder Wahlberechtigte erkennt die für seine Wohnung bestimmte Wahlbezirk und die am nächsten Bekanntheitsstellen in allen Dresden-Strichen nachzulesen. Außerdem muß sich laut behördlicher Vorschrift in jedem Hause eine amtliche Auskunft befinden, auf der zu erkennen ist, zu welchem Wahlbezirk die betreffende Wohnung gehört.

5. Wahlberechtigte, die nach Beginn der Einzeichnungsfrist, also nach dem 1. März von außerhalb nach Dresden zu suchen, müssen zur Einzeichnung beim Volksbegehren von der Behörde ihres letzten Wohnortes einen Eintragungsschein anfordern.

6. Wahlberechtigte, die innerhalb der Stadt Dresden ihre Wohnung gewechselt haben und deshalb

nicht in der Wählerliste oder der Wahlkarte ihres jetzigen Wohnbezirks stehen, müssen bei der Einzeichnungsstelle ihres jetzigen Wohnbezirks erscheinen und tragen sich nach Vorzeigung des Einwohnermeldebescheides in eine sogenannte Beheftliste ein.

7. Zweifel trifft auch für die Wahlberechtigten zu, die von außerhalb Dresdens herbereits vor dem 3. März nach Dresden zugezogen sind.

8. Wahlberechtigte, die seit der letzten Präsidentenwahl erst in das wahlberechtigte Alter (bis 17. März 1926 ihren 21. Geburtstag begehren), eingerückt sind, tragen sich ebenfalls im Einzeichnungsbüro ihres Wohnbezirks in die sogenannte Beheftliste ein und müssen hierzu den Einwohnermeldebescheid mitbringen.

9. Wer seine Eintragung außerhalb der Wohn-gemeinde erledigen will, muß sich einen Eintragungsschein beim Wahl- und Wähleramt verschaffen.

10. Wer infolge eines körperlichen Gebrechens oder Leidens in seiner Bewegungsfreiheit gehindert ist, kann sich ebenfalls durch Eintragungsschein die Berechtigung verschaffen, seine Eintragung in einer ihm am bequemsten gelegenen Einzeichnungsstelle vorzunehmen.

11. Für die Insassen von Krankenhäusern war die Vermittlung einer besonderen Einzeichnungsstelle im Krankenhaus bisher nicht möglich. Soweit diese Kranken angehören dürfen, müssen dieselben ersucht werden, entweder in ihrem Wahlbezirkpolizei-bezirk eine Eintragung vorzunehmen oder nach Befragung eines Eintragungsscheines (siehe unter 10) in das am bequemsten gelegene Einzeichnungsbüro zu gelangen. Für die bedürftigsten Kranken besteht leider keine Möglichkeit zur Eintragung in die Listen für das Volksbegehren. Beim Volksentscheid werden aber in sämtlichen Krankenhäusern Abstimmungsstellen geschaffen.

Alle Zeitungslieferer, Parteigenossen und -genossinnen, Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre werden ersucht, für gute Vorbereitung der obigen Mitteilungen zu sorgen. Wer sich unnötig Wege ersparen will, wer für eine große Zahl der Unterschriften zum Volksbegehren werden will, möge das Folgende beachten!

Bereits- und Versammlungs-Kalender

32. Volksschule (Guthaus-Prentan-Strasse) Väter, Mütter, Omas, Onkels und Säugel der wöchentlichen Schule! Mittwoch den 10. März 1926, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Zusammenkunft im Volkshaus Dresden-Löbtau statt. Es soll eine Vereinigung an der 32. Volksschule gegründet werden. Auch die Eltern der zu Eltern Einwohnenden werden zum Besuch aufgefordert. 17. März in der Eckherstraße, nächste Mitgliederversammlung am 17. März in der Eckherstraße, nicht am 10. März.

Sozialistische Kinderfreunde

Kinderfreunde, Friedrichshof. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Spielen in der Schule, Bachschloßstraße 8. - Abends 8 Uhr im Volkshaus, Zimmer 9, Helfer- und Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Kinderfreunde, Kaufhaus. Gruppe 1 und 2. Dienstag, 4 1/2 Uhr, am Jugendheim. Wir gehen gemeinsam nach dem Alten Deffauer zum Kaisertheaterabend. Bringt 10 Pf. mit. - Gruppe 1, Freitag Zusammenkunft im Jugendheim.

Bezirk Ost. Freitag, abends 7 Uhr, wichtige Bezirks-sitzung im Lustbad, Steinbacher Straße. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist es erwünscht, daß die Gruppen zahlreich vertreten sind.

Lebtau. Alle, die morgen Dienstag zum Kaisertheater gehen, treffen sich um 4 Uhr am Frieden. Eintritt 10 Pf. Der Gruppenabend findet aber trotzdem statt.

Lebtau. Morgen Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, Treffen auf dem Lebnitzer Platz. Bei schönem Wetter Wandern. - Mittwoch, abends 7 Uhr, trifft sich die Arbeitsgemeinschaft auf dem Lebnitzer Platz; abends 7 1/2 Uhr Elternversammlung bei Richter. - Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, Lebnitzer Platz. Bei schönem Wetter Wandern.

Gruppe Gohlis. Dienstag, 5 1/2 Uhr, sollen alle Kinder der Gruppe zum Kapelle nach dem Deffauer in Gohlis kommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein 1. Morgen Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung in der Dornblüthstraße, 2. Handauer Straße.

Gegen die Fürsten - für das Volk!

Quittung über freiwillige Spenden
Eckstein & Söhne, Damberger Straße 73, 80 M.; Fr. Koch, Reusatz a. O., 1 M.; Fr. Kpt., Dresden, 8 M.; Mittel, Köhler, Droba, 2 M.; Studentat Dr. Arno Müller, Dresden-Plauen, 20 M.

Quittung über Sammellisten

Liste 2701 Gemeinde- und Staatsarbeiter (Wasser) 10 M., 2915 Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 21, 2692/93 Klotzer 6,80, 2666 Dresdener Fuhrwesen 13,40, 2199, 2200, 2651 Leuben 48,70, 2687 Kaden & Co. 261,50, 2823 Angestellte und Hilfsarbeiter des D. R. B. (Verbandsbüro) 156, 2163 Striesen 4, 22,50, Striesen 4 a conto 12,50, Fr. Hartmann a conto 100, 2548 Seifmann 27,10, 2658/65 Kämmerer 95,40, 2607/09 Konsumverein Köhlerstraße 88,85, 2012 Altstadt 5, 11,65, 2508 Konsum (Lager) Zwingerstraße und 90, Verteil.-Stelle 41, Feuerstein a conto 18, 1672 u. 1682 Reusatz 120, Reusatz 2 a conto 50, 2699 Tabakfabrik Ullmann 11,15, 2627/29 Müllerfabrik Dresden-Reusatz 48, Edehof a conto 190, 2630 Städt. Glühlampenwerk 16, 2787 Klinge 6, Gohlis a conto 50, 2512/13 Volkshauswerk 42,75, Willerich & Söhne a conto 50, Eisenbahnbeihilfenverein a conto 250, Sauberg a conto 50, Altstadt 7 a conto 100.

Berichtigung: Auf Liste 2698 (Stuhlfabrik) sind nicht, wie in der letzten Quittung bekanntgegeben 2,60 M., sondern 22,60 M. eingegangen.

Weitere Zahlungen werden im Sekretariat Groß-Weißer Bettnerplatz 10, 1., oder durch Postfach Willy Subit, Dresden 17613 entgegengenommen. Willy Subit.

Schlussnotierungen der Produktenbörse

rs. Berlin, 7. März. (Eig. Funkf.) Weizenmärkt: März - Mai 262, Juli -; Tendenz: still. Roggen märkt: März - Mai 176, Juli 178; Tendenz: still.

Wettervorhersage für den 9. März

Witterungsausichten: Vorübergehendes Aufhören der Nieder-lagige und kühleren Temperaturen im Hochland weiterhin mild, nur höhere Lagen des Erzgebirges frisch. Flachland schwache bis mäßige, höhere Lagen lockere Winde aus wolkigen Richtungen. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Aufhören der Niederschläge und kühleren. Später erneut unbeständig und zeitweilig noch Schnee. Im Flachland mild.

Montag den 8. März 1926
den Namen des Benutzers und die für die Einzel-Entscheidung in Betracht kommende tarifmäßige Postgebühr. Der Franco-Stampel ist also ebenso zu bewerten wie eine Briefmarke.

Am kommenden Jahrmärtsfest, dem 14. März, können die Geschäfte für den allgemeinen Handel in der Zeit von 11 Uhr nachmittags bis 6 Uhr nachmittags offengehalten werden. Für den Handel mit Material- und Zuliefermaterial, Milch und Fleisch, ist das Offenhalten der Geschäfte von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet.

Gründung einer Vereinigung für die freie Schule. Alle Eltern, die Kinder in die 28. Volksschule schicken oder ab Ostern 1926 schicken werden und auf dem Boden der freien Schule stehen, werden gebeten, am Mittwoch den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Dorstschneid am Westbahnhof eine Vereinigung für die freie Schule einzurichten.

Wegz. zu Büchern. In den von der Landesbibliothek für Sachsen (Palast) veranstalteten Vorlesungen über "Wegz. zu Büchern" wird am Montag den 15. März und Montag den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, Herr Landesbibliothekar Dr. Jahnke über die Geschichtsschreibung der sächsischen Geschichte und deren Bibliographie sprechen. Bekanntlich wird die Bibliographie der sächsischen Geschichte im Auftrage der sächsischen Kommission für Geschichte zu einem wesentlichen Teile in der Landesbibliothek bearbeitet. Von dem Bearbeiter wird hier die Freundschaft der heimatsgeschichtlichen Forschung Sachsend eine sachliche willkommene Anleitung zur Benutzung der wichtigsten Hilfsmittel und eine Vortagung der Hauptwerke der sächsischen Geschichtsschreibung gegeben werden. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Vorträge zur Anmeldung liegen in der Bibliothek, in der sächsischen Buchhandlung Dreßel, Bismarckplatz 14, und der Buchhandlung Köpfer, Wlosowitz, Striefler Straße 2, aus.

Der Dresdner Wohnungsausweiser ist erschienen. Die Nummer umfasst 20 Seiten und enthält eine reiche Auswahl an Wohnungsmöglichkeiten in Stadt- und Fernlägen. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist bei allen Stadtbüchereien, im Wohnungsamte und im Verlage, Breite Straße 9, 1, zu haben.

Verurteilung eines gemeingefährlichen Sittlichkeitsverbrechens. Der Saatzstraße in Flur Madama war am 26. Februar zur Unterwerfung an einer auf dem Heimwege befindlichen Habitus von einem zunächst unbekanntem jüngeren Unhold unter Anwendung von Gewalt und nach ganz erheblichen Mißhandlungen in hohem Maße verurteilt worden. Als Täter wurde der aus Dresden gebürtige, in Freital-Deuben wohnhafte 27 Jahre alte Schlosser Willi Heinrich Kaufisch festgenommen und am 26. Februar vor dem Amtsgericht Freital angeklagt. Er hatte die Arbeiterin des Saatzstraße verurteilt und Heberfälle in Frage kommt, dürfte die gegen Erörterungen ergeben, die von der Gendarmerie, Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft Freital geführt werden.

21. Volksschule. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Elternversammlung. Bericht aus dem Elternrat. Mitteilung der Kinder-Erholungsstätte. Berichte über Schulbesuche. Der Elternrat hat für diesen Abend die Schulpflegerin Frau Boettchgen und erwartet zahlreiches Erscheinen.

Dresdner Umgebung

Mautzsch. Gemeindevorstandskonferenz. Der Vorsteher, Genosse Dietrich, bemängelte den schwachen Besuch der auf ein geringes Interesse schließen lassen. Bürgermeister Dietrich erläuterte die vom Kommunalpolitischen Ausschuss des Gemeindevorstandes aufgestellten Richtlinien zu den Hausbesuchsplänen. Er sprach durch seine lange Praxis als Kommunalpolitiker in der Umgebung von Mautzsch wertvolle Ausführungen zu dem Thema. Die Diskussion war sachlich und von gegenseitigem Verständnis getragen. Bei der Neuwahl wurde Genosse Dietrich als Schriftführer, Genosse Wenzel als zweiter Vorsitzender wiedergewählt. Schriftführer wurde Genosse Köpfer. Wegen der im nächsten Herbst stattfindenden Gemeindevorstandswahlen appellierte der Vorsteher an die Genossen, sich schon jetzt auf diese Wahl einzulassen und die Wahlen dafür zu interessieren. Dann schloß er, in der Erwartung, daß die oberen Gemeinden das nächste Mal besser daran sein mögen, die Konferenz.

Niederfeld. Volksbegehren. Die Bekanntmachung vom 27. Februar wird dahin ergänzt, daß die Eintragungsscheine für das Volksbegehren vom 4. bis einschließlich 17. März im Rathaus, Köhlerweg, Eingang von der Wilhelmstraße, zu den folgenden Zeiten zur Eintragung ausliegen: Sonntags von 10 bis 5 Uhr, am 2. bis 5. März von 9 bis 1 und 2 bis 5 Uhr, Sonntags von 2 bis 5 Uhr. - Öffentliche Sitzung des Schulbezirksvereins und Schulausschusses Mittwoch, nachm. 6 Uhr, im Rathaus.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Köhlerweg 10, I. z.  **für Groß-Dresden**
Verantwortlicher: Nr. 1897 und Nr. 1847

Die Fürstentümer rühren sich

Kaum hat die Eintragung in die Listen für das Volksbegehren zur Enteignung der Fürstendörfer begonnen, so rühren sich schon die Gegner. Mit allen möglichen Mitteln versuchen sie, die Aufmerksamkeit der Frauen abzuwehren und sie von der Eintragung abzuhalten. Sie spekulieren damit ganz richtig auf die Unwissenheit der Frauen über die Art und Weise der Durchführung eines Volksentscheides. Uns ist bekannt worden, daß sich vor verschiedenen Eintragungslökalen Männer und Frauen aufhalten, um diejenigen, die sich in die Liste des Volksbegehrens eintragen wollen, davon abzuhalten. Es ist daher mit allen Mitteln gearbeitet, unter anderem wird versucht, daß die "höflichen Sozialdemokraten und Kommunisten ihrem Parteiführer alles wegsprechen hätten, so daß er heute völlig "verwirrt" wäre. Es gibt selbstverständlich viele, die einem solchen Versuch abtun. Es wird weiter berichtet, daß alle diejenigen, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl in der Wahlbezirk eingetragenen haben, sich nicht in die Eintragungsscheine für das Volksbegehren eintragen dürften, weil sie seit ihrer Wahl "nicht mehr im Hause". Das ist natürlich eine bewusste Täuschung zu dem Zweck verbreitet, möglichst viele von der Einzeichnung abzuhalten.

Am Laufe der nächsten Tage werden die Gegner noch mit allen Mitteln arbeiten, um ihre "geliebten" Fürsten zu retten. Das legt unsern Genossen und Genossinnen um so mehr nahe, sich, mehr als bisher für Aufklärung zu sorgen. Vor allem ist die erwerbslosen Parteigenossen, auf das Besondere zu achten und ihnen gründlich das Handwerk zu legen. Denn unsere Genossen und Genossinnen überall auf dem Posten zu haben, das ist unsere Kampfmittel an dem eisernen Werkzeug des Volksmassen abprallen.

Wahrung, Bewohner der Albertstadt

Die Eintragungsscheine für das Volksbegehren liegen im Eintragungsbüro: Köhlerweg 3, Flügel B, Zimmer 61, wochentags von 9 bis 4. Sonntag von 9 bis 3 Uhr. Einwohnerheft mit dem Namen der Genossen und Genossinnen, sorgt bei der mangelhaften Registrierung durch die Behörde dafür, daß eure wahlberechtigten Genossen und Genossinnen, Arbeitskollegen und Bekannte alle recht zur Eintragung gehen. Jeder muß seine Eintragung selbst durchführen.

Unterbezirksvorstand der SPD, Groß-Dresden. Die nächste Parteiverammlung findet Dienstag den 16. März im Dresdner Volkshaus, Köhlerweg, Saal 2, statt. (Datum beachten!) Die Tagesordnung wird an dieser Stelle rechtzeitig mitgeteilt.

Nuglos verlorene Stunden

Übermal eine Beurteilung der Jca-Aktien-Gesellschaft
 Unter dieser Überschrift wurde Anfang 1922 in den Dresdner Neuesten Nachrichten vom Herrn Direktor Peterhans der Jca A.-G. eine Artikel geschrieben, der bewies, dass die fortgesetzte Reitaufwendung für Verhandlungen über Tarifloshöherungen wirklich keinen Zweck habe. Es müsse ein Weg der Verhandlung gefunden werden. Die Zeit, die zur Verhandlung aufgewendet werde, sei nutzlos und besser im Interesse der Gesamtheit zu verwenden. So Herr Direktor Peterhans von damals. Heute ist er anders.

In der Volkszeitung vom 19. Februar 1926 veröffentlichten wir u. a. einen Artikel, der unsern Besen das Verhalten der Direktion der Jca A.-G., Dresden-Neid, einem Gewerkschaftssekretär gegenüber vor Augen führte. Aus diesem Artikel war zu ersehen, daß die Direktion der Jca A.-G. dem Rechtsbeistand ihres Arbeiterrates (seinem Gewerkschaftssekretär) verboten hatte, den Betrieb zu betreten bzw. sich in den Räumen aufzuhalten. Dieses Verbot stützte die Direktion auf § 123 des StGB. Das Gewerbegericht in Dresden (Beschluskammer) sprach der Direktion der Jca A.-G., Dresden-Neid, das Recht ab, ein solches Verbot zu erlassen. Die Zeit, die hier notwendig war, um dieses Verbot aufzuheben (in Frage kommen für neun Personen circa je vier Stunden) genügt den Herren von der Direktion der Jca A.-G. nicht. Sie suchte nach neuen Gründen, um es diesem Gewerkschaftssekretär unmöglich zu machen, ihren Betrieb zu betreten. Sie fand auch einen "guten" Berater in ihrem Privatsekretär, dem Herrn Kessler Müller. Dieser Herr Kessler hatte in der Verteidigung des Rechtsbeistandes des Arbeiterrates eine Drohung erteilt, und schon am andern Tag (28. Januar) war ein neues Verbot da. Das Scheitern, das dieses Verbot enthält, ist interessant genug, um es der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es lautet:

„Bei der am 27. Januar 1926 vor dem Arbeitsgericht stattgefundenen Verhandlung haben Sie erklärt, daß Sie ja, wenn einmal die Wirtschaftskrise überwunden wäre, die Belegschaft unserer Betriebe veranlassen könnten bzw. würden, mit unserm Herrn Betriebsdirektor Peterhans und andern Beauftragten unserer Firma nicht mehr zusammenzuarbeiten. Unser Syndikus hat diese Drohung sofort in seinen Gegenüberführungen zurückgewiesen und mit Rücksicht darauf in seinem Schlusswort einen Vergleich abgelehnt. Daraus haben Sie weiterhin erwidert, daß wir ja „noch manches andere erleben“ würden. Diese offensichtlich drohenden Prognosen und, Ihnen a d e r m a l s d a s B e r e i t e n b e r u n g e n g e g e n d i e n e n G r u n d f a k t e n z u b e r e i t e n. Im Wiederholungsbegehren werden wir unerbittlich Strafverfolgung gemäß § 123 Strafgesetzbuch stellen. Auf den heute veröffentlichten Bescheid des Arbeitsgerichts können Sie sich nicht berufen, da darin lediglich festgestellt worden ist, daß die zwischen Ihnen und Herrn Betriebsdirektor Peterhans vorhandenen persönlichen Streitigkeiten angeblich nicht zur Begründung eines Verbotes vom November 1925 ausreichen.“

Ferner weisen wir Sie schon jetzt vorsorglich darauf hin, daß wir Sie auf Schadenersatz in Anspruch nehmen werden, falls durch Verwirklichung Ihrer Prognosen uns irgendwelcher Schaden entsteht.

Der Arbeitererrat erhob noch einmal Klage, um auch dieses Verbot vom Gericht, als zu Unrecht erhoben, kassieren zu lassen. Diesmal wurden nicht nur 9, sondern 18 Personen mit dieser Frage in zwei Terminen circa je acht Stunden beschäftigt. Das Gericht hatte trotz allen Einwendungen der Jca A.-G. erneut festgestellt, daß die Gründe, die sie angeführt habe, nicht auslangen, um ein solches Verbot zu rechtfertigen. Das Gericht verurteilte somit folgenden Bescheid:

„Das vom Sekretär in der Verhandlung der Beschluskammer vom 27. Januar 1926 vorgebrachte berechtigt die Antragsgenerin nicht, dem Sekretär bei Zuziehung durch den Arbeitererrat zu einer Betriebsdrohung oder einer Betriebsveranlassung den Zutritt zu den Betriebsräumen zu verweigern.“

Zur Begründung dieses Beschlusses führte die Beschluskammer, die diesmal unter einem andern Vorsitzenden und mit andern Zeugnissen belegt war, u. a. folgendes aus:

„Die heute zur Entscheidung berufene Kammer ist daher der Ansicht, daß der Antragstellerin an sich nach Artikel 115 der Reichsverfassung wohl das Recht zusteht, einer Person, die wirklich ernsthafte Drohungen gegen eine leitende Persönlichkeit der Antragstellerin ausgesprochen hat, das Betreten ihrer Grundstücke zu verbieten, und daß der Antragsgenerin hierbei aus der vom Bundesrat beschlossenen § 123 StGB, zur Seite steht. Die Ausübung des Rechts aus Artikel 115 der Reichsverfassung hat aber unbedingt zur Grundvoraussetzung eine Verletzung der Freiheitsrechte, die die Wohnung darstellt, durch eine Person vorliegt oder ernstlich zu besorgen ist. Aus rein persönlichen Differenzen muß der Schutz des Artikels 115 der Reichsverfassung verlagert werden, da im vorliegenden Falle der Todestand des § 23 StGB, sonst vorliegen würde, der die Ausübung eines Rechtes dann für unzulässig ansetzt, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem andern Schaden auszuweichen. Der Schaden würde im vorliegenden Falle darin bestehen, daß der Gewerkschaftsbeamte behindert wird, gemäß seiner Pflicht dem Betriebsrat mit seinen besonderen Sachkenntnissen zu dienen.“

Durch dieses Urteil ist den Herren von der Direktion der Jca A.-G. samt ihrem Rechtsbeistand, Herrn Kessler Müller, zum zweiten Male bestätigt, daß ihre Maßnahmen mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.

Nach unserer Auffassung mußte die Jca A.-G. voraussehen, daß ihre Maßnahmen ungesetzlich sind und daß die Zeit, die dafür aufgewendet wurde, um die Jca A.-G. zu überzeugen, wirklich nutzlos verlorene Stunden sind. Zu hoffen wäre nur, daß die Herren bei andern Gelegenheiten die Zeit so beurteilen, wie es in diesem Falle geschehen ist, insbesondere dann, wenn der Betriebsrat Arbeitererrat im Interesse der Belegschaft Zeit aufwendet, die ihm oftmals kritisch gemacht wird, weil nach Ansicht der Direktion diese Zeit nutzlos vergeudet sei.

Gewerkschaftsbewegung

Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Dresden hat nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 28. Februar bis einschließlich 6. März 1926 wieder zugenommen. Die Industrie hat weitere Entlassungen vorgenommen, die nur zum Teil durch die etwas lebhaftere Vermittlungstätigkeit in den Außenberufen wieder ausgeglichen wurden. Die Aussichten werden in allen Branchen auch für die nächste Zeit noch als schlecht beurteilt. Der Bestand an Arbeitsuchenden stieg gegenüber der Vorwoche um 631 auf 29 401 (28 770). Aus Mitteln der Gewerbesteuersicherung wurden insgesamt 46 508 (46 750) Personen unterstützt; davon waren 21 591 (21 559) Sollenempfänger, 5760 (6108) Auslöser und 19 157 (19 180) Zuschlagsempfänger.

Die Landwirtschaft hat infolge der bevorstehenden Frühjahrsbestellung starken Bedarf an Arbeitskräften aller Art. Es war möglich, auch eine größere Zahl bisher noch nicht in der Landwirtschaft beschäftigte großstädtische Arbeitslose unterzubringen. Die Zahl der arbeitsuchenden Landarbeiter und Bauarbeiter hat gleichfalls zugenommen, doch erreichte trotz der günstigen Witterung die Vermittlungstätigkeit bei weitem nicht den Umfang früherer Jahre. Güter und Güterarbeiter wurden gleichfalls verdrängt.

Industrie und Handwerk zeigten auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen das gleiche unangenehme Bild wie bisher. Neue Entlassungen haben zwar, ganz besonders während der letzten Wochen in der Metallindustrie, einen Anstieg von über 6000 Arbeitnehmern und Arbeiterinnen herbeigeführt, aber die Zahl der nach einzelnen Spezialberufen gegenüber, für Arbeiter,

Internationaler Frauentag!

Mädchen, Frauen und Mütter des arbeitenden Volkes! Die sozialistische Fraueninternationale ruft euch, schaffende Frauen aller Länder, auf, auch in diesem Jahre in einer internationalen Kundgebung eure Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen. Wir fordern deshalb auch die arbeitenden Frauen Dresdens auf, sich zahlreich zu beteiligen an einer

großen Frauentagung

Dienstag den 9. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Reichstrone, Dresden-N., Bischofsweg.

Die große Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung Wiens, die temperamentvolle Rednerin und anerkannte Führerin der sozialistischen Fraueninternationale, Genossin

Abelheid Popp, Wien

spricht in dieser Kundgebung über:

Internationale Verständigung der Völker und die Frauen.

Außerdem spricht Genossin Reichstagsabgeordnete

Lony Sender

über:

Frau und Fürstenabfindung.

Frauen und Mütter, Mädel der Arbeiterjugend, heraus zum Protest für eure Forderungen und gegen die maßlosen Ansprüche der Fürsten.

Sattler und Tapezierer lagen gleichfalls nur wenig Aufträge vor. In der Süßwarenindustrie erfolgten weitere Betriebsbeschränkungen. In der Zigarettenindustrie hat sich die geringe Besserung des Beschäftigungsgrades bisher nur in einem Rückgang der Arbeiter und Kurzarbeiter ausgedrückt. Die Zahl der Arbeitsuchenden in der Zigarettenindustrie ist gestiegen. Für Schneider, Näherinnen und Näherinnen blieb die Lage unbedeutend schlecht. Einige Schuhfabriken nehmen ihren Betrieb wieder auf. In der Strohhutindustrie war trotz der vorgeschrittenen Saison der Bedarf an Arbeitskräften schwach.

Im Gastwirtsgerwebe wurden bereits die ersten Vermittlungen für Saisonstellen abgeschlossen. Die Stadtgeschäfte hatten nur ganz geringen Bedarf an Bedienungspersonal.

Die Zahl der stellunglosen Angestellten ist weiter gestiegen. Es lagen einige offene Stellen für jüngere, branchenfremde Kontorpersonal, abschließende Buchhalter und eingetragene Stadtreisende vor. Die Unterbringung älterer Bewerber oder jüngerer Durchschnittskräfte blieb unmöglich.

Das Landesarbeitsamt Berlin gibt die Ende der verfloßenen Woche bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen

Bunte Tageschronik

Verirrung eines Vaters

In Großschweidnitz bei Böhau wurde am Donnerstag vor vier Wochen der Totenbettelmeister der Gemeinde, Billa, verhaftet und dem Amtsgericht Böhau zugeführt. Wie wir erfahren, soll sich Billa an seiner 13jährigen Tochter vergangen haben.

Ein Opfer der Fernhypnose?

Böhau, 6. März. Ein geheimnisvoller Vorgang, der seit unglücklich erscheint, beschäftigt die Kriminalpolizei. Der noch jugendliche Arbeiter Förster wollte früh gegenwärtig sein Arbeitsstättchen aufsuchen. Auf dem Wege zum Bahnhof in Görlitz begegnete ihm ein Herr, der ihn bat, er möchte ihm doch gegen ein Trinkgeld seinen Koffer nach der Bahn schaffen, was auch geschah. Seit diesem Tage blieb der junge Mann verschwunden. Er fand sich auf dem Dresdner Bahnhof wieder und erwiderte dort, als er ausgegriffen wurde, wie aus einem Dämmerschlaf. Der Polizeipostbeamte ermahnte ihn, sich zu beruhigen. Da er ohne Geldmittel war, wandte er sich an die Polizei, die ihn anscheinend abwies. Er mußte den Weg von Dresden nach Görlitz zu Fuß zurücklegen und kam ganz erschöpft bei seinen Eltern an, die sofort einen Arzt verständigten, der einwandfrei feststellte, daß ein Fall von Fernhypnose vorliege. In einem unbewachten Augenblick ist der junge Mann, jetzt unter Mitnahme eines Selbstzeugnisses, zum zweitenmal verschwunden. Die Schwester, die in einem Zimmer mit ihm schlief, gab an, daß er im Schlaf plötzlich gelacht habe: „Ja, ich komme schon!“, dann aufgesprungen und aus dem Zimmer gegangen sei. Nach Ansicht des Arztes handelt es sich um einen Fall von Fernhypnose, dem verbrecherische Absichten zugrunde liegen.

Der Mordanschlag Eduard Trautmann, der wegen angeblichen Totschlags widerrechtlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat an die Presse Mitteilungen über sein Lebensschicksal gegeben. Trautmann hat 11 Jahre, 8 Monate und 25 Tage im Zuchthaus gesessen, und zu einer Zeit, als seine Unschuld schon sonnenklar war, infolge Schwierigkeiten mit der Staatsanwaltschaft noch länger als ein Jahr sitzen müssen. Er ist mit der Begründung verurteilt worden, daß er am 21. Dezember 1909 die Arbeiterin Emma Sander ermordet habe. Da fand man in der Hinterlassenschaft des Mordverdächtigten Dente ein Notizblatt, auf dem unter 20 andern Namen seiner Opfer stand: „Emma, 21. Dezember“. Aber auch das hat dem Staatsanwalt nicht genügt. Zweimal ergriff er gegen Trautmanns Wiederaufnahmeverfahren Beschwerde, bis das Oberlandesgericht in Breslau von sich aus ein Wiederaufnahmeverfahren anordnete. Zu der Verurteilung Trautmanns hat eine Anzahl eigenhändiger Urkunden zusammengewirrt. Trautmann konnte zwar seinen Alibibeweis nahezu lückenlos führen. Nur bei zehn Minuten hat die Rechnung nicht ganz geklappt. Dann hat man noch entdeckt, daß eine Schürze an Trautmanns Hofe mit einem ähnlichen Anoten verbunden war wie ein Unterrock der Ermordeten. Ein wichtiges Verdachtsmoment war ferner die Tatsache, daß die Sander mit einem sogenannten Dammstich, bei dem das Blut in einen Strahl ausströmt, gestochen worden war. Da Trautmann Schlägler ist, verdächtigen sich alle Verdachtsmomente auf ihn. Trautmann verlangt eine Entschädigung vom Staat in der Höhe von 80 000 Mark.

Die Untersuchungen an der Berliner Universität haben eine eingehende Untersuchung des Geschäftsbereichs des Mörderin Trautmann durchgeführt. Die Untersuchungen hat ergeben, daß der Student Trautmann seine persönlichen Wunden niemals hätte heilen lassen, wenn nicht die Professoren der Universität mit einer beispiellosen Sorgfalt und Zerknirschtheit die Untersuchungen gegen Lauffingen Reimanns vorgenommen

mit 245 073 gegenüber 244 488 in der Vorwoche an. Unter 51 088 (49 227) weibliche Personen. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit beträgt demnach rund 600. Daraus ist zu schließen, daß die Steigerung eingetreten ist, ohne daß für die Aufnahme von Arbeitskräften in der Landwirtschaft in größerem Ausmaß in Frage kommt. Bei den männlichen Kräften läßt sich, wie in der Vorwoche, eine geringe Abnahme verzeichnen, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen zugenommen hat. Verbesserungen, und Schnittstoffindustrie und im Bekleidungsgerwebe. Von einem Stillstand der Verschlechterungen kann man jedoch bis jetzt nicht sprechen. Auch im Gastwirts- und Kondelgerwebe und in den technischen Berufen ist die Lage noch sehr schlecht.

Die Versammlung der Universitäts-Kundlicher haben nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag statt.

Rundfunk

Spieleplan des Dresden-Beipziger Senders für Dienstag, 8. März
 Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung
 10,10—10,15 Uhr: Winterweiterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Pöhlitz, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Puppel-Opern- und Opern-Opern. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle, Welle 1300 von Königswusterhausen). 3—3,30 Uhr: Prof. Dr. Amel und Oberlehrer Weismann: Einheitslehre. 3,30—4 Uhr: Schulrat Prof. Dr. Thoma, Hamburg: Die Fortbildungsschule als Dienerin des Wirtschaftslebens. 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Beipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 5,30—6,30 Uhr: Besprechungen aus den Neuerscheinungen auf dem Völkermarkt. 6,30—7 Uhr: Esperanto-Vortrag, gehalten von Prof. Dr. Dietrich, Direktor des Esperanto-Instituts. 7—7,30 Uhr: Vortrag, gehalten von Prof. Dr. Eduard Siebert von der Beipziger Universität. 7,30—8 Uhr: Vortrag: Neues aus der Naturwissenschaft, veranstaltet von der Naturwissenschaftlichen Bergvereinsgesellschaft in der Universität Leipzig. 8,15 Uhr: Volkssaband: Das Herz der Erde hämmert. Aus der neueren Arbeiterbildung. Mitwirkende: Prof. Ad. Winds und das Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Beethoven: Ouvertüre „Coriolan“ (Rundfunkorchester). 2. Drei Gedichte: Heinrich Heine: Die Arbeit, Wilhelm Pieper: Mittags am Hofbräu, Karl Bröger: Die der Erde (Prof. Ad. Winds). 3. Prof. Dr. Erich Weiser: Das Fest der Elternnis, Der flammende Ring, Heimlich (Prof. A. Winds). 4. Roman: Egon aus „Siegfried“ (Rundfunkorchester). 5. Drei Gedichte: Karl Bröger: Arbeiterinnen, Vorheil: Erbenjahr, Ausbruch (Prof. Ad. Winds). 6. Prof. Dr. Erich Weiser: Die Landstraße, Das der Erde hämmert, Sonnenwende (Prof. A. Winds). 7. Rheinische Volkspiel „Die sieben Raben“ (Rundfunkorchester). 8. Prof. Dr. Erich Weiser: (Jena 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 Uhr: Konzert. 10,15—12 Uhr: Tanzmusik, von Leipzig am Rundfunkorchester.

hätten. Der Universitätsrat hatte schon einige Tage, bevor die Untersuchungen zur Kenntnis der Presse kamen, von sich aus eine Untersuchung eingeleitet, die ihm aber von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige aus der Hand genommen wurde. Zweifellos wird sich der Kultusminister darüber schlüssig machen müssen, ob nicht eine gründliche Reife der studentischen Selbstverwaltung an der Hand ist. Im übrigen verdient es hervorgehoben zu werden, daß ausschließlich Mitglieder der radikal-rechtsstehenden Studentenverbände an den unerkennlichen Vorkommnissen beteiligt sind. Deshalb verlor die linksstehenden Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, daß mit dem bisherigen System der Aufsicht der Vertreter in den obersten Reihen der Studentenschaft schon gründlich gebrochen wird.

Die Ursachen der Prager Handgranatenexplosion sind trotz aller Vernehmlichungen des Landesverteilungsministeriums noch keineswegs geklärt. Die Handgranaten, die von den zuverlässigsten Konstrukteuren hergestellt worden waren, seien doppelt gesichert gewesen. Auch die Sicherheit bei dem Transport dieser Granaten sei wieder erprobt worden. In maßstäblichen Versuchen wird trotzdem die Ursache darin gesehen, daß der Transportwagen unzulänglich war. Es soll sich um einen ungesicherten Wagen gehandelt haben. Durch die dauernden Erschütterungen auf dem schiefen Pflaster der Prager Straßen sei eine Entzündungspartikel entstanden. Die Erbitterung der Prager Bevölkerung über Art, wie mit Explosionsstoffen in den belebtesten Prager Straßen umgegangen worden ist, ist groß.

Die Zahl der Berliner Hungerkünstler hat auf vier vermehrt. Der jüngste Berliner Hungerkünstler, seit dem 18. Februar in seinem Klaffenfall, ist nun 4. März mit einem neuen Kollegen namens Eric in Konkurrenz getreten. Ferner haben sich am Freitag wieder zwei Hungerkünstler, der „Reine Darm“ und „Kastello“ in die Einheitsverriegelte Glaszelle zu 50tägigen Hungerkuren gezogen. Es kommt also auf je eine Million der Stadt Berlin ein Hungerkünstler! Darm und Kastello wollen mit ihrem Tageden „Abtönen“ Noll schlagen und mit ihrer Geduld nur einen neuen Weltrekord aufstellen.

Bei der Explosion eines Gasgefäßes in der Frankfurter Allee in Berlin wurden 70 Personen schwer verletzt. Die genauere Ursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Der letzte Dampfer Rainha, der mit einer Besatzung von Holländisch-Guayana kam, ist infolge des mitterlichen Wetters vor der Rufe von Seebrügge gestrandet. Der Mann der Besatzung warfen sich ins Meer, um das Schwimmen zu erreichen. Vier von ihnen ertranken; den übrigen fünf, die sich retten konnten, sind drei in ein Krankenhaus in das Krankenhaus von Prilage eingeliefert worden.

Ein verwegener Raubüberfall wurde auf Verwaltungsgelände der Internationalen Arbeiter-Union (I.A.U.) in der Nähe des Hauptbahnhofs in Berlin verübt. Die Diebe schnitten die Telefonleitungen durch, feuerten mehrere vollere Schüsse ab und zwangen dann die 28 Angestellten, sich den Boden niederzuliegen. Während sie einen Kassenbestand brachen und das darin befindliche bare Geld raubten, verdrückten die mit 80 000 Tollar entkommen.

Sie darf nicht nach Seife schmecken

nämlich Ihre Zahnpaste; denn ein altes Sprichwort sagt: „Wer die Zähne nach Seife schmeckt, der ist ein Narr.“ Wer einmal die Chlorodont-Zahnpaste, die jetzt diesen Namen hat, nicht die Zähne nicht den Appetit, „Zum Zahnputzen“ Der herrliche, weicherem Geschmack der Chlorodont-Zahnpaste ist unübertrefflich. Alle guten Eigenschaften sind in ihr in höchster Vollendung erreicht.

Reine ohne... Klep... Bad... Sie darf nicht nach Seife schmecken... Sie darf nicht nach Seife schmecken... Sie darf nicht nach Seife schmecken...

